

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf. Redaktion: Johannisstraße 46 Fernruf: 905, 926, 8191

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile über deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46 Fernruf: 905, 926, 8191

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 215

Mittwoch, 15. September 1926

33. Jahrgang

## Spaltung der R.P.D.

### Offene Parteirebellion

Dr. L. Lübeck, 15. September.

Die Krise im russischen Kommunismus hat jetzt auch der deutschen kommunistischen Partei den offenen Parteikrach gebracht.

Ungefähr ein Jahr ist vergangen, seitdem Sinowjew sich auf dem Sowjetparteitag als Gegner der offiziellen Moskauer Politik zum Vortritt meldete. Die Welt bekam dadurch zum ersten Male ausdrücklich Kenntnis von einer Parteiopposition innerhalb der russischen Partei.

Stalin griff jedoch sofort mit harter Hand durch. Die Diskussion wurde abgewürgt, die Opposition getrieben. Die Petersburger „Prawda“, das Blatt Sinowjews, bekam eine neue moskaufer Redaktion. Aber im Dunkel schwebte der Brand der Krise weiter. Schließlich wurden Sinowjew und seine Freunde aus allen Ämtern beseitigt, die Freunde der Opposition warf man zu hunderten aus der Partei hinaus. Die „Einheit der Partei“ war gerettet — so verkündigte stolz die kommunistische Parteipresse ihrer staunenden Leserschaft.

Wir haben schon vor einigen Wochen auf den tieferen Sinn der kommunistischen Krise hingewiesen. Stalin und seine Freunde marschieren in Rußland mit Riesenschritten auf einen Reformkommunismus zu, der mit dem alten Leninismus nichts mehr zu tun hat, der im Gegenteil wieder einen kapitalistischen Mittelstand aufbauen möchte, in Landwirtschaft, Handel und Industrie.

Dieser Reformkommunismus ist in Rußland erzwungen worden durch die unerbittlichen Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung. Er ist nicht mehr und nicht weniger als die Parteierklärung der strengen Theorie eines Lenin. Und an dieser Theorie wollen eben Sinowjew und seine Freunde absolut festhalten. Stalin aber, der „russische Bonaparte“, bereitete diesen „theoretisch-marxistischen Träumen“ ein rasches Ende. Die Opposition wurde geschloffen beseitigt oder kaltgestellt.

Auch in der deutschen kommunistischen Partei meldeten sich von allem Anfang an Stimmen, die mit der russischen „Reform“ nicht einverstanden waren, die sich als Anhänger Sinowjews, des „Mannes von Halle“, bekannnten. Man machte mit ihnen kurzen Prozeß. Sie wurden aus der Partei hinausgeworfen. Erst K a h, dann K o r s h, S c h w a r z und schließlich auch M a s s o w, K u t h F i s c h e r und viele andere.

Man nennt alle diese „linken“ Kommunisten „intellektuelle Schwachköpfe“, abtrünnige Verräter, bezahlte Agenten der Bourgeoisie und glaubte damit den Fall erledigt.

Aber es ist ja alles anders gekommen in der kommunistischen Partei als die Berliner Zentrale und ihre Moskauer Hintermänner gerechnet hatten. Die kommunistische Opposition in Deutschland hat sich schweigend gesammelt und gefunden, sie hat sich gesammelt, sie hat im Dunkel Propaganda gemacht und holt nunmehr zum Gegenstoß aus.

Diese Oppositionsgruppe ließ in der kommunistischen Organisation eine Resolution zirkulieren, um Unterschriften zu sammeln. Diese Resolution trägt die Überschrift: Zur russi-

sehen Frage! Sie stellt sich auf den Boden des Glaubens an die Weltrevolution. Sie polemisiert dann heftig gegen die Entwicklung einer neurussischen Bourgeoisie und verlangt weiterhin schärfste Handhabung der Diktatur des Proletariats. Kurz und gut: sie stellt sich auf den Boden der bekannten Plattform von Sinowjew und Kamenew, mit ihrem radikalen Festhalten an den Theorien von Lenin.

Die Resolution erklärt weiter, daß die gegenwärtigen Vorgänge in Rußland, der Wirtschaftsnep usw. nichts anderes seien als die Aufhebung des Leninismus. Und sie stellt schließlich wörtlich fest:

Die Hezke, die jetzt gegen Sinowjew usw. entfaltet wird, versteht jeder politisch denkende Arbeiter als den Versuch, die Kommunisten zu revolutionäre Organisation des Weltproletariats zu liquidieren . . .

und dann weiter:

Wir weisen jede Revision des Leninismus auf das entschiedenste zurück. Zurück zu Lenin, zum wirklichen, echten, unverfälschten Leninismus!

Diese Resolution wurde in diesen Tagen der Öffentlichkeit übergeben. Ihr Eindruck auf die kommunistische Parteileitung war ungeheuer. Sie tobt und schäumt vor Mut und Schlandert in der „Roten Fahne“ täglich mehrere Bannflüche gegen dieses „Schanddokument von der schlimmsten antibolschewistischen Sorte“. Aber nicht der Inhalt des Dokumentes ist es, was die kommunistischen Bezirksfeldwebel so sehr aufregt. Daß Rußland reich und lustig in kapitalistisches Fahrwasser zurückplätschert, hat man in Europa auch früher schon gewußt.

Nein, etwas anderes versteht dem Dokument seine große Bedeutung: 700 kommunistische Parteifunktionäre haben es unterschrieben. Darunter ein Duzend Reichs- und Landtagsabgeordnete! Und die große Mehrzahl der anderen sind Stadtverordnete, Bezirksführer. Außerdem haben ganze Ortsgruppenvorstände geschlossen unterzeichnet.

Selbstverständlich kann diesmal die kommunistische Zentrale ihr altes Hinanswurfszept nicht anwenden. Man kann nicht die halbe Partei ausschließen. Gegenüber dieser offenen Parteirebellion verlagern die alten Maulkorbmethoden! Eine Diskussion über die eigentlichen Streitfragen ist nicht möglich. Das hat Moskau ein für allemal verboten. So bleibt nur eins: die offene Spaltung!

Die kommunistische Partei ist heute schon keine geschlossene Partei mehr. Ihre Einheit ist zerstückelt an dem harten Felsen der wirtschaftlichen Zwangsläufigkeit im Sowjetstaat. Das russische Experiment ist im wesentlichen gescheitert. Damit hat der Kommunismus selbst Schiffbruch erlitten. Denn — der Kommunismus lebt ja nur vom Glauben an Rußland, atmet in den Träumen von einem Sowjetparadies. Zerbricht dieser Glaube, zerflutern diese Träume, dann ist der Kommunismus ohne Inhalt, er muß zerfallen. Dieser Augenblick naht heran. Die Krise in Moskau war sein Vorboten, die kommunistische Spaltung in Berlin ist das letzte Sturmzeichen. Für den Kommunismus hat der Todeskampf begonnen. Es gibt nur noch einen Glauben für die Proletarier aller Länder: Der Sozialismus. Es gibt nur noch eine Partei für die deutschen Arbeiter: die Sozialdemokratie!

## Das Eindringen der Gewerkschaften in die Wirtschaft

Von W. Eggert

Damals, als die Veteranen der Arbeiterbewegung das Saatgut der politischen und gewerkschaftlichen Selbsthilfe unter die Arbeiter aller Länder trugen und sie zur internationalen Solidarität und Vereinigung anriefen, da erklärte die bürgerliche Welt in voller Empörung diese Vorkämpfer des Gedankens der Arbeiterbewegung als Verräter an der Nation. Die Gewerkschaften als nur nationale Gebilde hätte sie zur Not hingesehen. Müßten doch die unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital ausgetragen werden. Über weil die Arbeiter und die Gewerkschaften sich zur internationalen vereinigten und damit zum Ausdruck brachten, daß sie im Kampfe gegen den Privatkapitalismus um den Anteil am Produktionsertrag eine einheitliche Front bilden, so erschien das den herrschenden Gewalten über alle Massen gefährlich.

Die junge internationale Gewerkschaftsbewegung mußte vor 25 Jahren noch ihre ganze Kraft der Organisation der Massen, dem Kampfe um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen, dem Tarifvertrag, der fortschreitenden Sozialpolitik widmen. Aber mit ihrem Erstarken sind ihr neue und größere Aufgaben erwachsen. Denn indem die Gewerkschaften als Anwälte des Produktionsfaktors Arbeit wirkten, wurden sie zugleich vor die großen Probleme der Volkswirtschaft gestellt. Ihr Wirkungskreis erweiterte sich, Neuland wuchs ihnen entgegen.

Als der letzte Geschützdonner des Weltkrieges verhallt war, da sah und Verblendung noch die Oberhand hatten und der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete erfolgen sollte, da griff der internationale Gewerkschaftsbund mit Umsicht in die schwebenden Probleme ein. Er sagte dem Völkerbund:

„Die Nehmähigkeit der Wiedergutmachung wird allseitig anerkannt. Nicht als Strafe, nicht als Vergeltungsmahregel. Die Zerstörung des Krieges muß Platz machen einer dauernden Organisation des Friedens.“

Der Vorsitzende des I.G.B., der französische Gewerkschaftsführer J o u h a u z, erklärte in einer Rede auf dem Kongreß der Confederation Generale du Travail:

„Das Reparationsproblem ist ein internationales Problem, und seine Lösung muß daher auch auf internationalem Wege gefunden werden. Bleibt diese Lösung gewissermaßen den beteiligten Ländern selbst überlassen, so würde daraus nur neue Gefahren für kriegerische Veränderungen entstehen.“

Später, als die Länder Europas durch eine unheilvolle Schutzpolitik ihre Wirtschaft vor den Erzeugnissen jedes einzelnen Landes zu schützen begannen, erließ der I.G.B. eine Rundgebung, in der es hieß, daß in fast allen europäischen Ländern eine protektionistische Handelspolitik getrieben werde, die alle europäischen Länder gegeneinander abschließt, statt sie zu einen. Er erhob gegen diesen Zustand seine wachsende Stimme und rief die gewerkschaftlichen Landeszentralen seines Bundes auf, in allen Ländern die Schutzpolitik zu bekämpfen, deren Folgen Verteuerung der Lebenshaltung und Arbeitslosigkeit sein würden. Es müßte ein allgemeiner Abbau der Zölle eingeleitet werden mit dem Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsverband zu schaffen, der die Aufgabe habe, der internationalen Rohstoffverteilung und dem freien Zugang zu allen Märkten der Welt die Wege zu ebnen.

Inzwischen ist die Vereinigungsbestrebung der privatkapitalistischen Wirtschaft in allen Ländern selbst weit über ihre nationalen Grenzen hinaus gewachsen. Sie, deren Unternehmer einst mit allen Nachmitteln, die ihnen Staat und Gesellschaft verliehen, den internationalen Bestrebungen der Gewerkschaften entgegengetreten sind, steht heute selbst an der Schwelle internationaler Vereinigungen. Das geplante Groß-Eisenkartell und die Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz in Genf sind hierfür Zeuge.

Zur Beobachtung dieser neueren Entwicklungsphase nach internationaler Verrückung der Wirtschaft hat der I.G.B. schon vor Jahren einen Ausschuss in Amsterdam eingesetzt, um die Interessen der Gewerkschaften gegebenenfalls zu wahren. Und im Vorbereitenden Ausschuss zur Weltwirtschaftskonferenz sitzt der Sekretär des I.G.B. und eine Anzahl Vertreter der Landeszentralen.

\*

Auch in Deutschland sind die Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in alle amtlichen Wirtschaftsorgane eingedrungen. Sie haben sich dort eine Position gesichert, die von den Behörden und gegnerischen Wirtschaftskreisen nicht unbeachtet gelassen werden kann. So im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, ferner in den Landes- und Reichseisenbahnräten, in den Betriebs- und Reich-

## Der ewige Feme-Standal

Mord und Meineid!

Der Femeauschuss des Preussischen Landtages nahm am Dienstag seine Arbeiten wieder auf. Zunächst kam ein Brief des Oberleutnants a. D. Ahlemann zur Verlesung, in dem dieser es ablehnt, weitere Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss zu machen, da ein Verfahren gegen ihn von den zuständigen Gerichtsbehörden eingeleitet worden sei. Grütte-Lehder hat an den Ausschuss zwei Eingaben gerichtet, deren eine den völkischen Abg. Kube des Fallschides bezieht, in der zweiten Eingabe lehnt Grütte-Lehder es ab, in der Voruntersuchung weitere Aussagen zu machen, so lange ihm nicht die einem politischen Verbrecher zustehenden Vergünstigungen wieder gewährt werden. Sehr bedeutungsvoll ist das Protokoll über die Vernehmung des Stab. ing. J s h a u r vor dem Amtsgericht Bramstedt. J s h a u r s Vernehmung erfolgte im Auftrag des Ausschusses und im Beisein des Ausschussberichterstatters Gen. Kuttner. J s h a u r war führendes Mitglied der Organisation Consul. Er sah im Rathenauprozeß auf der Anklagebank, wurde aber freigesprochen, dagegen erhielt er mehrere Jahre Zuchthaus wegen eines Dynamitanschlags im Rapp-Putsch. J s h a u r machte Angaben, die den Rechtsanwalt Dr. S a d, den bekannten Anwalt der Feme-mörder, aufs schwerste belasten. Sad hat nach diesen Angaben an Tschow, Tillesen und andere K a s s i b e r ins Gefängnis geschmuggelt. Ebenso hat er einen Fluchtversuch für Tschow vorbereitet, der am Tage der Verurteilung erfolgen sollte und nur deshalb unterblieb, weil Tschow nicht zum Tode verurteilt wurde. Ferner soll Sad nach J s h a u r s Angaben den Hersteller des vergifteten Konfekts kennen, mit dem Günther, der im Rathenauprozeß mit angeklagt war, von den Völkischen aber

für einen Verräter gehalten wird, beseitigt werden sollte. Tschow wie J s h a u r waren im Zuchthaus Sonnenburg. Von da aus wurden unter dem Stichwort „Moselwein“ und „Saalek“ (bekanntlich die Burg, wo die Rathenaumörder sich erschossen haben) mit Sad eine regelrechte Korrespondenz geführt, für die verschiedene Deckadressen benutzt wurden. In dieser Korrespondenz wurde der Fluchtplan Tschows genau vorbereitet. Dieser sollte mit Hilfe eines Flugzeuges nach Prag und von da nach Ungarn fliegen. Tschow war so dreist, daß er in einem Kaffeehaus Dr. Sad ersuchte, sich dafür einzusetzen, daß er (Tschow) nach seiner Befreiung das Amt des Feuerwärters und Poststreckers über den Mitverurteilten Günther erhalten sollte.

Berichterstatter Abg. Kuttner referiert dann kurz über das Verhandlungsergebnis im Falle Jahnke. Das Beweisschema lautete, 1. ob Jahnke mit Feme-mördern oder Feme-mörderverdächtigen in Verbindung stand und ob er an irgend welchen Bestrebungen zur Beseitigung Stresemanns und Seeverings beteiligt war. Die Vernehmung des Jengen Jahnke hat nichts Positives erbracht. Abg. Riedel (Dem.) verlangt, daß die „Beziehungen“ Jahnkes zu Schulz genau untersucht werden.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde über neue kommunistische Gemeischaften im Fall Jahnke verhandelt. Regierungsassessor Schmidt gab Auskunft über die polizeiliche Vernehmung eines Kunstgewerblers Karl Schmidt, die in einigen Punkten im Gegensatz zu der eidlichen Aussage Jahnkes steht, und in der besonders behauptet wird, daß Jahnke räumlich zugegen gewesen war, als von dem Plan einer Ermordung von Ebert, Stresemann und Seevering in Kreisen der Organisation Consul die Rede war. Der Ausschuss beschloß, das Protokoll dieser Vernehmung mit der Aussage Jahnkes zu vergleichen.

Wasserstraßen-Beiträten, im Verwaltungsrat der Reichspost, im Beirat für die Reichselektrizitätswirtschaft, im Reichs-Kohlenrat und im Beirat für die Kaliwirtschaft. Hier wirkten 370 Gewerkschaftsvertreter im Sinne des Gemeinwohls und in der Verfechtung des Gewerkschaftsgedankens.

Als Ende 1924 und Anfang 1925 die deutsch-französischen und deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen so schwierig standen, eilten deutsche, französische und belgische Gewerkschaftsvertreter nach Köln, um die handelspolitischen Probleme der beteiligten drei Länder eingehend zu besprechen. Hier wurde der einmütige Beschluß gefaßt, daß die Gewerkschaften der beteiligten Länder in ihrem Heimatland alle Maßnahmen der Regierungen, Parlamente und wirtschaftlichen Unternehmungen scharf bekämpfen werden, die auf handels- oder wirtschaftspolitische Feindschaft hinauslaufen. Tatsächlich haben die Gewerkschaften der drei Länder in diesem Sinne gewirkt. Der Handelsvertrag mit Belgien kam zustande und mit Frankreich wurde ein Protokoll geschlossen.

So wichtig auch diese ersten Positionen auf wirtschaftlichen Gebieten für die Gewerkschaften sind — die große und umfassende Aufgabe der Demokratisierung der Wirtschaft harret noch ihrer Lösung. Es ist ein Ver-

dienst des ADGB-Vorsitzenden, Theodor Leipard, daß die Frage der Wirtschaftsdemokratie in Deutschland auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Breslau zu gründlicher Erörterung gestellt wurde. Sie soll die Arbeiterschaft begeistern und anspornen, zu lernen, was ihnen bislang vorenthalten worden ist: in allen Angelegenheiten der Wirtschaft mit zu beraten und mitzubestimmen. Der Kongress richtete an das Reich, an die Länder und Gemeinden jene grundsätzlichen Forderungen, die bekannt sind und den Weg der Wirtschaftsdemokratie ebnen sollen. Darüber hinaus rief er die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands auf, mit höchster Kraftanstrengung für die Wirtschaftsdemokratie zu wirken, die zur Gemeinwirtschaft geführt werden müsse. Die politische und wirtschaftliche Freiheit sei die Voraussetzung für die Entfaltung ihrer kulturellen Kräfte.

So hat der Internationale Gewerkschaftsbund von Amsterdam, haben alle seine Landeszentralen, hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der Arbeiterschaft aller Länder neue und große Ziele gesetzt. Die Mitbestimmung der Inhaber der Arbeitskraft in allen Dingen der Wirtschaft, das ist jenes neue und nächste gewerkschaftliche Ziel. Blicken wir über die 25 Jahre an die Wiege der gewerkschaftlichen Internationale zurück und messen wir im Geiste die Entfernung: damals und jetzt — Welch ein steiler Weg! Und doch sind wir noch lange nicht auf den Höhen. Wir werden sie in Arbeit und Kampf erreichen. Sinauf!

## Große Erregung in Hannover. — Uebergriffen auf Magdeburg

In Hannover fanden im Laufe der letzten Nacht weitere 150 Personen in den städtischen Krankenhäusern und den beiden geschlossenen Schulen Aufnahme. Der Andrang zu den Krankenanstalten nahm in den späten Abendstunden des Montag so sehr zu, daß eine Zeitlang der Ausrückmangel einzutreten drohte. Inzwischen sind die von auswärts angeforderten Betten eingetroffen, und die Stadt hat eine weitere Schule, die dritte, in dem am schwersten heimgegriffenen Stadtteil Linden räumen und zur Aufnahme Typhuskranker vorbereiten lassen. Die Zahl der Todesfälle hat sich auf 17 erhöht. Nach Ansicht der Ärzte haben sich die amtlich nicht gemeldeten Typhusfälle vermindert. Sie betreffen aber immer noch, erschweren durch zahlreiche Kontaktfeststellungen die Bekämpfung der Seuche und verlängern die Dauer der Epidemie. Man hofft, daß es gelingen wird, Ende der Woche die Krankheit zu lokalisieren, um so mehr als nun die Impfungen eingeleitet haben.

Die begriffliche Erregung der Bevölkerung von Hannover macht sich in heftigen Vorwürfen gegen die Stadtverwaltung Luft. Es wird gefragt, warum von Seiten der Stadt nicht zeitig genug auf die mangelhafte Beschaffenheit des Trinkwassers hingewiesen worden sei, und städtischerseits mußte zugegeben werden, daß schon bei Untersuchungen vor vier Wochen eine Verminderung der Wasserqualität festgestellt worden sei. Wenig später wurde erklärt, daß das Wasser, nachdem besondere Maßnahmen getroffen worden waren, wieder einwandfrei sei. Zu gleicher Zeit warnte aber der Polizeipräsident vor dem Genuß ungekochten Wassers.

Bedenklich ist, daß die Erkrankungen von dem Gebiet der Stadt Hannover nun auch auf das flache Land übergreifen haben. In fünf Orten des benachbarten Kreises Linden wurden ebenfalls einwandfreie Typhusfälle festgestellt.

Auch in Magdeburg haben die Erkrankungen an Typhus den Charakter einer Epidemie angenommen. Hier sind bis jetzt 52 Erkrankungen festzustellen und ein Todesfall zu beklagen. Im allgemeinen ist der Verlauf der Krankheit in Magdeburg ein leichterer als in Hannover. Sämtliche Fälle sind in der Wilhelmstadt aufgetreten. Als Erreger der Krankheit kommt in Magdeburg Milch in Frage, die aus dem Dorfe Tzleben in die Stadt gebracht wurde. Diese Milchzufuhr ist völlig unterbunden worden. Auch in Magdeburg wurden freiwillige Schutzimpfungen eingerichtet.

# Die Typhus-Epidemie in Hannover

## Weit über 1000 Erkrankungen Bisher 30 Tote

Berlin, 14. September.

Ein nach Hannover entsandter Kommissar des Preussischen Gesundheitsministeriums meldet amtlich:

Die Zahl der Typhusfälle betrug Dienstagabend rund 1000, die Zahl der Todesfälle 80. Leider muß nach menschlichem Ermessen mit einem weiteren Ansteigen der Erkrankungen gerechnet werden, da die Inkubationszeit, d. h. die Zeit vom Beginn der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit, noch nicht abgelaufen ist. Ebenso muß leider mit weiteren Todesfällen gerechnet werden, da der Verlauf der Erkrankungen zum Teil ernst ist. Unter den genannten 1000 Kranken, die bereits in Krankenhäusern und Schulen isoliert sind, dürften mehrere hundert Erkrankte in den Wohnungen untergebracht sein. Für Unterbringung auch dieser Erkrankten in Krankenhäusern und Schulen ist gesorgt, für weitere Erkrankungen sind ebenfalls Unterbringungsmaßnahmen vorhanden. Sowohl mit dem Wehrkreiskommando wie mit dem Robert-Koch-Institut sind Maßnahmen vereinbart zur Stellung von nötigenfalls Tausenden von Betten. Ebenso ist Tymphe in völlig ausreichender Menge vorhanden. Ärzte und Pflegepersonal stehen genügend zur Verfügung. Rotes Kreuz und Arbeiter-Samaritanerband leisten wirksame Hilfe. Die Durchführung der Desinfektion durch Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Personal ist gesichert, die Vermehrung der bakteriologischen Untersuchungsmöglichkeiten ist im Aufbau. Ueber die Ursache der Erkrankungen haben die am Dienstag getroffenen Feststellungen die Annahme bestätigt, daß bei der Mitte August beobachteten

### Berunreinigung des Niddinger Wasserwerkes auch Typhuskeime in die Leitung

gelangt sind. Fast alle Erkrankten stammen aus den Stadtteilen, die von dem Niddinger Wasserwerk mit Trinkwasser versorgt werden. Alle Erkrankungen datieren von Anfang September, d. h. etwa 15 Tage nach der beobachteten Berunreinigung. Diese Frist stimmt genau mit der Inkubationszeit überein. Die verunreinigten Brunnen sind ausgeschaltet und das gesamte Wasser wird gechlort und behördlich kontrolliert. In den letzten Tagen ist die Keimzahl gleich Null. Sämtliche benutzten Wasserwerke liefern einwandfreies Wasser. Es ist nicht anzunehmen, daß vom Wassergenuß weitere Infektionen ausbreiten. Immerhin ist es möglich und in gewissem Grade wahrscheinlich, daß durch Kontakt noch weitere Erkrankungen vorkommen. Die Schutzimpfungen haben am Dienstag begonnen und werden unter steter Erregung der Bevölkerung durchgeführt. Daß mit der Schutzimpfung erst jetzt begonnen worden ist, ist nicht etwa auf den Mangel an Tymphe, sondern auf rein medizinische Gründe zurückzuführen.

Hannover, 14. Septbr. (Eig. Drahtber.)

Da die Zahl der Typhuskranken in Hannover immer noch im Ansteigen ist, rüft es dem Magistrat schwer, genügend Betten für die Hilfskrankenheiler zu erhalten. Ein Transport mit 450 Betten ist jetzt mit größtmöglicher Verzögerung aus Berlin eingetroffen. Doch auch dieser Transport genügt nicht, und da in Hannover alle Möglichkeiten zur Beschaffung von Krankbetten und Betten so gut wie ausgeschöpft sind, rüft sich die Stadtverwaltung gezwungen, eine Rundfrage an die anderen deutschen Städte mit Hilfe des Ministeriums abzuschicken und um Hilfe zu bitten. Anfragen in Göttingen und Braunschweig blieben erfolglos. Am Dienstag morgen wurde nun eine dritte Schule als Hilfskrankenhaus beschlagnahmt und für Krankenpflegeeinrichtungen eingerichtet. Sie befindet sich in Stuben in der Seemannstraße beim katholischen Krankenhaus. Unter hannoversches Parteigang, der „Volkswille“, hat an dem Verhalten des Magistrats scharfe Kritik und betont, daß bis jetzt der Magistrat die für die Typhus-Epidemie verantwortlichen Maßnahmen per Unterbringung von mehreren hundert Kranken zu spät hat, abgesehen davon, daß die Typhus-Epidemie in großer Ausdehnung nicht vorhanden waren, notwendig gewesen wären. Obgleich amtliche Stellen des Reiches zurzeit als einwandfrei bezeichnet, haben die verantwortlichen Ärzte trotzdem die Maßregelung in den Schulen abgelehnt und den Genuß von

ungekochtem Wasser verbieten lassen. Die Schulkinder erhalten auf Verlangen gekochtes Wasser zu trinken.

Die hannoversche Ärzteschaft hat bisher über die Ursache der Infektion keine Meinungsäußerung abgegeben. Doch schon heute können wir zu der über die Krankentafeln und durch Pressestellen bekanntgegebene Meinungsäußerung sagen, daß die größte Anzahl der Ärzteschaft eine Infektion durch Wasser für gegeben hält. Selbst in dem rechtsgerichteten „Hannoverschen Courier“ veröffentlicht Stadtrat Dr. Stolzenbach an leitender Stelle eine Meinungsäußerung, in welcher er die Notwendigkeit betont, daß die große Stadt Hannover Wasser aus den Bergen erhalten muß und auf die Gefahren hinweist, die der Stadt durch das Wasser aus denumpigen Weinleberungen drohen.

# Goll Polen bevorzugt werden?

## Völkerverbandsdebatte um die Ratsreform / Ein ständig „nichtständiger“ Goll für Polen

Genf, 14. September. (Eig. Drahtber.)

Die erste Kommission des Völkerverbandes befaßte sich am Dienstag in zwei Sitzungen mit dem Bericht der von ihr eingesetzten Unterkommission. Der zwei Seiten lange Bericht hält sich eng an den Reformplan der Studienkommission. Neu ist die Bestimmung, daß die Wiederwählbarkeitserklärung von der Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit erfolgen muß.

Die mehrstündige Diskussion trug von vornherein einen stark politischen Charakter. Sie wurde eingeleitet mit der Erklärung des litauischen Vertreters, die eine starke Spitze gegen Polen trug. Seine Regierung behält sich vor, ebenfalls dagegen Einspruch zu erheben, daß Staaten, die bisher noch keine Gelegenheit hatten, ihre Fähigkeit als Ratsmitglied zu beweisen, von vornherein als wiederwählbar erklärt werden. Der Vertreter von Venedig forderte für Asien die Zuteilung von zwei dreijährigen nichtständigen Sitzen. Chile und Kuba ließen gegen die Wiederwählbarkeit überhaupt Einspruch erheben. Sie begründeten diesen Einspruch damit, daß man die Gleichstellung aller Staaten nicht durch die Schaffung bevorzugter nichtständiger Ratsitze für bestimmte Länder gefährden könne. Der Vertreter von Uruguay hat, seinen Staat von dieser Erklärung auszuscheiden. Auf Grund dieser Erklärung entwickelte sich eine interessante Polemik zwischen den Delegierten von Kuba und Uruguay. Kuba ließ behaupten, daß die Erklärung der Vertreter von Uruguay in Widerspruch zu einer von den südamerikanischen Staaten getroffenen Abmachung stehe, während Guani (Uruguay) das bestritt. Der Vorsitzende unterbrach dieses Intermezzo schließlich durch die Abstimmung über die §§ 1 und 2. Vorher nahm Lozano (Frankreich) den in einer früheren Sitzung bereits abgelesenen Antrag wieder auf, der alle weißen Stimmzettel bei der Wahl nicht berühren will.

Infolge der englischen Unterstützung wird der Antrag schließlich gegen die Stimmen des deutschen Vertreters und der litauischen Gruppe mit 19 gegen 15 Stimmen angenommen. Die Wiederwählbarkeit Polens im Jahre 1929 ist damit nach dem bisherigen Stand der Debatte so gut wie sichergestellt. Der deutsche Delegierte begründete seine Haltung nicht. Die §§ 1 und 2 wurden, abgesehen von dem Änderungsantrag Lozano nach den Kommissionsvorschriften verabschiedet.

In der Nachmittags-sitzung nahm die Kommission einen vorläufigen Antrag an, der bestimmt, daß die Renouveau des Rates erfolgen kann, sobald die erforderliche Mehrheit der Vollversammlung das wünscht. Diese Forderung kann zu jeder Zeit erhoben werden. Denn wurde die Vorlage insgesamt einstimmig verabschiedet.

\*

Die internen Verhandlungen über die Kandidaten für die nichtständigen Sitze sind noch nicht abgeschlossen. Es fragt sich jetzt vor allem, welchem Lande von vornherein die Wiederwählbarkeit nach Ablauf seines Mandates angeschlossen wird. Die englische Delegation wünscht, daß hierfür

zur Polen

in Frage kommt, während man auf französischer Seite nicht abgesehen ist, auch China die Wiederwählbarkeit zuzusprechen. England hat sich bisher harmonisch dagegen gemeldet. Es bedarf jedenfalls noch einer ganzen Reihe von Verhandlungen, wenn bis zur Wahl am Donnerstag die bestehenden Gegensätze ausgeglichen werden sollen.

## Abbau der Rheinlandbesatzung?

Genf, 14. September. (Eig. Drahtber.)

Der Sonderkorrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes in Genf widmet dem ihm von dem französischen Außenminister am Montag erteilten Interview folgenden Kommentar:

In der vorstehend gelesenen Erklärung sprach Briand u. a. auch von einer Regelung der zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Probleme in ihrer Gesamtheit. Was bedeuten

tet das? Es soll nach unseren Informationen nichts anderes heißen, als daß sowohl deutsche wie französische Sorgen behoben werden sollen. Diese Absicht läuft in bezug auf Deutschland darauf hinaus, daß Briand jetzt entschlossen ist, die vollständige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes nicht nur jetzt schon zur Diskussion zu stellen, sondern nach besten Kräften zu fördern und so bald als möglich zu verwirklichen. Eine Herabsetzung der Besatzungsziffern in den nächsten Wochen dürfte der Anfang einer großzügigen Aktion sein, deren Ziel es ist, die Verhältnisse in den besetzten Gebieten in Einklang mit dem Geist von Locarno und dem Sinn des Völkerverbandes zu bringen. Seit die Verträge von Locarno mit ihrer Schiedsgerichtsbarkeit bei allen Konflikten in Kraft getreten sind, ist die Rheinlandbesetzung völlig unbegründet. Es widerspricht auf die Dauer einfach jeder gesunden Logik, trotz Locarno in dem Lande eines Vertragspartners noch endlos Truppen zu stationieren. Wer für Locarno war, muß auch für die Aufhebung der Besatzung im Rheinland sein.

Wir zweifeln nicht im geringsten an den guten Absichten Briands, verlernen andererseits aber auch nicht, daß seinen Plänen noch Hindernisse im Wege stehen. Sie sind schon aus rein technischen Gründen nicht von heute auf morgen zu verwirklichen und es bedarf zu ihrer Durchführung zunächst der Räumung einer ganzen Reihe von Fragen, die bei einigem guten Willen auf beiden Seiten immerhin noch verhältnismäßig schnell zu erzielen ist. Inwieweit hierbei auch die Möglichkeit einer deutschen Hilfe bei der französischen Finanzsanierung in Frage kommt, soll vorläufig nicht weiter erörtert werden. Festzustellen ist aber, daß diese Finanzsanierung mit dem Reparationsproblem insofern zusammenhängt, als der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete der Franken mit in den Abgrund gerissen hat.

Alles in allem sind wir der Meinung, daß schon der entschlossene Wille auf französischer Seite, die ungelunden Verhältnisse im Rheinland in Gemeinschaft mit der deutschen Regierung zum Nutzen beider Länder beheben zu helfen, die Anerkennung wert ist. Je schneller das geschieht, um so besser. Aber schließlich kommt es nicht auf einen Monat oder zwei an, wenn für das Rheinland die bestimmte Aussicht besteht, daß innerhalb 10 Jahre nur noch einen geringen Teil dieses Jahres fremde Besatzung ertragen zu müssen. Die Kräfte von Locarno beginnen jedenfalls zu reifen.

## Französisch-italienische Missstimmung

Paris, 14. Sept.

Die Blätter kommentieren lebhaft die Aussprache zwischen Briand und dem italienischen Unterstaatssekretär Grandi in Genf. Namentlich übereinstimmend kommen sie auf Grund der Rhetorik der hier eingetroffenen italienischen Blätter zum Schluß, daß die Angriffe gegen Frankreich dort nicht eingestellt worden sind und daß im Gegenteil zahlreiche Blätter in noch heftigerer Form als am Montag Frankreich beschuldigen, den Mussolini-Mördern und allen Gegnern des faschistischen Regimes Unterstützung zu gewähren.

Ein offizieller Schritt der italienischen Regierung, den man hier in politischen Kreisen einen Augenblick lang befürchtete, hat aber bisher noch nicht stattgefunden. Der Ministerpräsident Poincaré, der in Abwesenheit Briands das Ministerium des Auswärtigen führt, hat am Dienstag morgen eine lange Besprechung mit dem italienischen Botschafter in Paris, Verzana, gehabt. Einmütig sind hier die Blätter, selbst die der Rechten, die bisher mit der faschistischen Diktatur liebäugelten, der Ansicht, daß Frankreich, falls die Angriffe der italienischen Presse andauern, eine energische Sprache in Rom führen müsse. Unter keinen Umständen könne Frankreich daran denken, gegen die italienischen Emigranten, die das französische Gastrecht genießen, in irgendeiner Weise vorzugehen, solange sie nicht gegen die französischen Gesetze verstoßen.

# Reichskonferenz der sozialdemokratischen Juristen

Röln, 13. September.

Am Sonntag tagte in Köln bei zahlreicher Beteiligung die dritte Reichskonferenz der sozialdemokratischen Juristen. Der Parteivorstand hatte als Vertreter den Genossen Stelling geschickt, der österreichische den Genossen Eisler. Anwesend waren außerdem Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Lehrer und des Verbandes sozialdemokratischer Studenten. Eröffnet wurde die Konferenz durch Genossen Kurt Rosenfeld. Er stellte fest, daß die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen sich stets als Teil der Gesamtpartei betrachtet habe und ihre Aufgabe darin sehe, ein dienendes Glied der Arbeiterbewegung zu sein. Im Namen der österreichischen Genossen begrüßte Eisler die Versammlung. Die österreichischen Juristen hätten erst vor kurzem in einer Aussprache in Wien die völlige Einigkeit mit den Entscheidungen der deutschen Genossen festgestellt können. Diese Einigkeit solle weiter gefestigt werden durch gemeinsame Erörterung der Probleme der bevorstehenden Strafrechtsreform, gegen deren augenblickliches Zustandekommen die österreichische Partei jedoch eine ganze Reihe größter Bedenken trage.

Genosse Stelling betonte im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratie, daß die Vereinigung sich in ihrer nützlichsten Tätigkeit auf dem richtigen Wege befinde und in jeder Beziehung auf die Unterstützung der Partei rechnen könne. Nach kurzen Begrüßungsworten des Genossen Dr. Meerfeld im Namen der sozialdemokratischen Partei Kölns, und eines Vertreters der sozialistischen Studenten gab Genosse Kurt Rosenfeld der Meinung Ausdruck, gerade der Verlauf der Bonner Kriminalistenkonferenz habe erwiesen, daß die sozialdemokratischen Juristen in viel höherem Maße als bisher sich mit der Strafrechtsreform beschäftigen müßten.

In einem ausführlichen Geschäftsbericht legte Genosse Rosenfeld als Vorstandsmitglied die Aufgaben dar, die vor der Vereinigung als einem dienenden Glied der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stehen. Es handle sich nicht allein darum, die Nachkommen zu erfassen, sondern auch mit den in der Praxis der Arbeiterbewegung stehenden Arbeitersekretären, Verwaltungsbeamten und dergleichen mehr zusammen zu wirken. Neben der juristischen Behandlung der für die Arbeiterbewegung wichtigen Probleme gelte es, den juristischen Nachwuchs zu beeinflussen, mit den sozialistischen Studentenorganisationen und den Referendaren Fühlung zu nehmen, für die Heranbildung von Patentjuristen zu sorgen, parlamentarische Vorarbeiten zu leisten, in der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen mitzuwirken. Sache der Arbeitsgemeinschaft ist es, für die Reform des Strafvollzugs und an der sozialen Gerichtshilfe aktiv teilzunehmen. Alle diese Aufgaben würden nur zu erfüllen sein, wenn es gelingen werde, sämtliche Parteigenossen zusammenzufassen und zu reger Mitarbeit zu gewinnen.

Nachdem die Versammlung einem Antrag des Genossen Kadbruch zugestimmt hatte, der die Behandlung der Gegenstände der Tagung als rein informativ erklärt, schritt man zur Erlebung der Tagesordnung. Es handelte sich darum, in kurzen Referaten und noch kürzerer Aussprache unverbindlich zu den Referaten Stellung zu nehmen, die Gegenstand der Verhandlungen des augenblicklich in Köln tagenden Deutschen Juristentages sind. So sprach als erster Gen. Kadbruch zur Frage der Inhaftierung von Ueberzeugungsverbrechern. Er ging von seiner Forderung der Festlegung einer besonders ehrenvollen Haft für den Verbrecher aus sittlicher, politischer und religiöser Ueberzeugung aus, daß die Verbüßung der Strafe gemeinsam mit den gemeinen Verbrechern stets zu Unträglichkeiten führen müsse. Man dürfe die Durchführung einer milderen Haft für Ueberzeugungsverbrecher nicht dem Strafvollzug allein überlassen. Es sei natürlich eine heikle Sache, dem Richter die Feststellung zu überlassen, ob ein Ueberzeugungsverbrechen vorliege oder nicht, doch sei auch durch eine Aufzählung der Ueberzeugungsverbrechen im Gesetz wenig gedient. Im Gegensatz zu den verschiedenen Einwendungen, die aus der Mitte der Anwesenden gegenüber Kadbruch laut wurden, pflichtete Genosse Eisler dem Vortragenden bei.

Es folgte das Referat des Genossen Sinzheimer über die Haftung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden für unzulässige Amtshandlungen. Der Referent stellte sich in dieser für die Gewerkschaften so wichtigen Frage auf den Standpunkt, daß die Haftung der Berufsverbände die Form einer beschränkten Buße haben müsse und daß unter diesen Umständen auch die Gewerkschaften sich in rechtsfähige Vereine umwandeln müßten.

Es folgten dann kurz die Referate des Genossen Kurt Rosenfeld über „Parlamentarische Ausschüsse“, des Genossen Kurt

Rosenberg über „Das Auslieferungsrecht“ und des Genossen Goldschmidt über „Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes“.

Zum Schluß hörte die Versammlung die Referate des Genossen Eisler-Wien und Oborniker-Deutschland über die Strafrechtsreform. Genosse Eisler betonte im Namen der sozialdemokratischen Partei Österreichs, daß diese den Augenblick für die Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches für äußerst ungünstig halte. Die Kräfteverhältnisse seien derartig, daß die regierende Partei der Christlichsozialen irgendein fortschrittliches Gesetz nicht zustande kommen lassen würde. So sehe sich die Partei gezwungen, trotz der so verlockenden Rechtsangleichung und der wirklich fortschrittlichen Teile des Entwurfs ihm fast gegenüberzutreten. Hinzu komme noch der Umstand, daß auch in Österreich der Richterstand reaktionär sei, noch reaktionärer aber als in Deutschland sei hier der richterliche Nachwuchs. Erst das Vorhandensein eines demokratischen Richtertums werde die Möglichkeit geben, ein neues Strafgesetzbuch ins Leben zu rufen. Genosse Oborniker pflichtete im großen und ganzen diesen Ausführungen bei.

Ihren Niederschlag fanden die Referate in einer Entschließung, die einstimmig von der Versammlung angenommen wurde. Darin heißt es: „Die dritte Reichskonferenz der sozialdemokratischen Juristen erwartet, daß es angesichts der in der letzten Zeit immer unerträglicher gewordenen, mit der allgemeinen demokratischen Entwicklung in immer stärkerem Gegensatz geratenden Klassen- und Parteijustiz Aufgabe der sozialdemokratischen Partei ist, mit allen Kräften für eine schnelle und umfassende demokratische Justizreform zu wirken. Die sozialdemokratischen Juristen versprechen, die Partei in der Erfüllung dieser Aufgabe zu unterstützen. Eine vom Parteivorstand einzusetzende Kommission ist zu beauftragen, unverzüglich ein Aktionsprogramm zur Justizreform auszuarbeiten und dem Parteivorstand wie der Reichstagstraktion einzureichen.“

## Der 34. Juristentag

Röln, 13. September

Der 34. Deutsche Juristentag wurde am Sonntag in Köln eröffnet. Zum Vorsitzenden wählte die Versammlung Prof. Rahl. Neben dem Reichsjustizminister Dr. Bell und dem Vertreter des Preussischen Justizministeriums, Ministerialrat Dr. Huber, waren Vertreter sämtlicher deutschen Länder anwesend. In den Begrüßungsreden erwähnten der Oberbürgermeister Dr. Wbenauer, Reichsjustizminister Dr. Bell und Ministerialrat Dr. Huber die aktuellen Fragen der Justizreform. Sie appellierten einerseits an die Selbstsucht und an das Pflichtgefühl des Richterstandes und warnten andererseits vor Verzerrung der einzelnen Rechtsprüche. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe von Verhandlungsgegenständen, die für die weiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von größter Bedeutung erscheinen. Dieses sind die Frage der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in ihrer Beziehung zum Strafverfahren und zur Unabhängigkeit des Richtertums, die Frage der Ausdehnung der Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes, das Problem der Einziehung für Ueberzeugungsverbrecher und die Frage der Haftung der Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für unzulässige Kampfhandlungen.

Ueberst bedeutungsvoll war der Verlauf der Verhandlungen über die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Der Berichtserfasser Professor Dr. Jacobi-Leipzig stellte sich im großen und ganzen auf den Standpunkt, daß die Untersuchungsausschüsse in ihren Rechten nicht eingeschränkt werden dürfen, daß die Forderung des Gutachtens Rosenbergs, die dahin ging, daß die parlamentarische Untersuchung eines Verbrechens erst nach Beendigung des gerichtlichen Strafverfahrens beginnen dürfe, unannehmbar sei und daß es notwendig erscheine, durch ein Reichsgesetz das Verfahren der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse festzulegen. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld erklärte, daß von irgendwelchen Eingriffen der parlamentarischen Ausschüsse in die Unabhängigkeit der Richter keine Rede sein könne. Die Fragestellung sei aber im Falle einer möglichen Kollision zwischen Rechtsprechung und parlamentarischen Ausschüssen, welches von beiden Interessen von größerer Bedeutung ist, das Interesse des Staates an der Beseitigung gewisser Mißstände oder das Interesse an einer geordneten Rechtspflege. Die Antwort könne nicht zweifelhaft sein. Zudem habe die Praxis der parlamentarischen Ausschüsse ihre Nützlichkeit erwiesen. So habe ihre Tätigkeit dazu geführt, daß die Bestimmungen zur Abgabe von Postkrediten geändert werden, daß der Minister für Volkswohlfahrt in Verbindung mit der Hofle-Affäre durch einen entsprechenden Erlass bestehende Mängel beseitigt habe, daß im Herbst ein Gesetz dem

Reichstag vorgelegt werde, das die Untersuchungshaft regelt usw. Im weiteren wandte sich Rosenfeld gegen die Forderung des Berichtserfassers Jacobi, den parlamentarischen Ausschüssen das Recht der Beendigung der Urteile zu nehmen und die Einforderungen von Akten durch Behörden oder öffentliche Beamte zu unterlassen.

Die Ausführungen des Genossen Rosenfeld wurden von einem großen Teil der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Im gleichen Sinne äußerten sich auch die Genossen Goldschmidt und Eickstein. Auch zwei Vorsitzende von parlamentarischen Ausschüssen, ein Volksparteiler und ein Zentrumsmann, sprachen sich für die Einschränkung der Ausschüsse aus. Erwähnenswert ist u. a. noch die Rede des Reichsanwalts Meberg, der die Kritik an den parlamentarischen Ausschüssen durch den Hinweis parierte, daß diese ja erst einige Jahre ihre Tätigkeit ausübten, während z. B. trotz des 50jährigen Bestehens der Strafprozessordnung kürzlich ein Fall passiert sei (er meint damit die Wagbeurger Kölling-Affäre), wo eine blinde Frau nach einer Gegenüberstellung mit der in Frage kommenden Person verurteilt wurde.

Genosse Dr. Kurt Rosenfeld und eine Anzahl anderer parteigenösslicher Juristen beantragten mit Rücksicht darauf, daß die Untersuchungsausschüsse weder die Unabhängigkeit der Richter noch die Durchführung von Strafverfahren beeinträchtigen, in erster Linie von allen Forderungen um Veränderung der Verfassung Abstand zu nehmen. Im Falle der Ablehnung dieser Entschließung beantragte die Genossen, daß man wenigstens für die Untersuchungsausschüsse jenseits des Reiches das Recht der Verteidigung, das Recht auf unbeschränkte Vorlegung von Akten und das Recht der Sitzungspolizei gegen ungebührlich auftretende Auskunftspersonen.

## Reine Einigung der Beamten

Grund: Der Standeshützel!

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund schreibt uns: Die zwischen Deutschem Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund geführten Verhandlungen über die Gründung einer einheitlichen Beamtenorganisation sind gescheitert, und zwar in der Organisationsfrage, in der sich tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten ergaben. In der letzten Verhandlung vom Freitag war vom Deutschen Beamtenbund die Erklärung abgegeben worden, daß er nur das Prinzip der reinen Beamtenorganisation anerkennen könne und deshalb unter Zustimmung einer bestimmten Uebergangszeit von den Spitzenverbänden, die Arbeiter bezw. Angestellte und Beamte organisierten, die Loslösung der bei ihnen organisierten Beamten fordere. Demgegenüber wurde vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund betont, daß in den Vorbesprechungen von Anfang an die Voraussetzung bestanden habe, daß die Beamtenabteilungen der gemischten Verbände ebenso wie sie jetzt dem ADB angeschlossen sind, in Zukunft auch der neuen einheitlichen Beamtenorganisation angehören müßten, damit eine reiblose Erhaltung aller Beamten gesichert ist. Der ADB hat in den Verhandlungen an diesem Grundsatze festgehalten, während bei dem DBB es für untragbar gehalten wurde, daß dem neuen Bundes beitreten müßten, die mit ihren Arbeiter- und Angestelltenanteilen gleichzeitig den freien Gewerkschaften angeschlossen sind. Vom DBB wurde befürchtet, daß durch diese enge Verbindung mit den auf sozialistischem Boden stehenden Richtungsgruppen die Neutralität in Gefahr kommen könne, da man die freien Gewerkschaften als an die Sozialdemokratische Partei gebunden ansehe. Das ist der gleiche Standpunkt, den der Deutsche Beamtenbund 1922 eingenommen hatte und der damals ein Hauptanlass zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes war.

Aus derselben Haltung heraus ergaben sich auch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten. Der ADB hatte gefordert, daß nur mit solchen Spitzenorganisationen zusammengearbeitet werden soll, die zur Anerkennung der Grundzüge des neuen Bundes bereit sind, weil er nur in der gemeinsamen Grundstimmung die Voraussetzung für ein erfolgreiches Zusammenwirken sehen kann. Er hat bewiesen, daß der Christliche Deutsche Gewerkschaftsbund für die Zusammenarbeit auf Grund seiner bisherigen Haltung gegenüber dem Berufsbeamtenbund und seiner Auslegung des Begriffes der parteipolitischen Neutralität, die einseitig gegenüber der Sozialdemokratie aufgehoben wurde, nicht die Gewähr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bieten kann. Aus den Verhandlungen ging ferner hervor, daß zwischen DBB und den Verbänden des Christlichen Gesamtverbandes bereits eine weitgehende Uebereinstimmung erzielt worden ist, sowohl in den grundsätzlichen als auch in den organisatorischen Fragen. Die seit Jahresfrist bestehenden Annäherungsversuche zwischen diesen beiden Richtungen dürften also zum Erfolg geführt haben.

## Tartarin aus Tarascon

Von Alphonse Daudet (Deutsch von Adolf Gerstmann)

(24. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Hat das Spiel einige Zeit gedauert, dann beginnt regelmäßig ein Skandal. Man hört schwere Beschuldigungen ausstoßen, Flüche und Verwünschungen in allen möglichen Sprachen und Mundarten und die Antwort darauf. Der Lärm wird allgemein — es werden Messer gezogen — die Polizei wird herbeigeholt — inzwischen ist dem einen oder dem andern sein Geld gekostet.

In diese gemischte Gesellschaft, in dieses tolle Treiben war der große Tartarin eines Abends ganz wider Willen hineingeraten, als er eine Festkreuzung suchte, um womöglich sein Leid zu vergessen und den Frieden seiner Seele wieder zu erhalten. Der Held ging durch die den Saal füllende Menschenmenge; trotz seiner festen Absicht des Lebens um ihn her mußte er immer wieder an seine Maurin denken. Da ertönten plötzlich an einem der Spektakelorte wirre Rufe, dazwischen klangen Goldstücke, und endlich wurde alles überdönt durch das Geschrei zweier sich streitenden Personen.

„Ich sage Ihnen noch einmal, mein Herr, daß mir zwanzig Franken fehlen!“

„Mein Herr!“

„Nun? Was denn — mein Herr?“

„Sie scheinen nicht zu wissen, mit wem Sie sprechen!“

„Ich bin auch gar nicht neugierig, es zu erfahren!“

„Mein Herr, ich bin der Prinz Gregor von Montenegro!“

Als Tartarin diesen Namen hörte, war er ganz entzückt. Er drängte die Umstehenden zur Seite bahnte sich einen Weg bis zum Tische und stand hier in der Reihe der Spieler, froh und stolz, seinen Prinzen wiedergesehen zu haben, jenen so außerordentlich höflichen und lebenswürdigen montenegrinischen Prinzen, dessen Bekanntschaft er an Bord des Paketbootes gemacht hatte. Der Titel „Hohheit“, vor dem der gute Tarasconese sich ehrfurchtsvoll neigte, schien unglücklicherweise auf den Offizier des Jägerregiments, mit dem der Prinz in Streit geraten war, auch nicht den mindesten Eindruck zu machen.

„Na, da bin ich ja an eine sehr hohe Persönlichkeit geraten,“ legte der Offizier mit einem höhnischen, nichtswürdigen Lächeln. Dann wandte er sich zu den Zuschauern um und fragte: „Kannt jemand von Ihnen Gregor von Montenegro? Niemand!“

Tartarin näherte sich dem Sprecher; er war sehr aufgebracht, und der Unwille sprach aus seinen Blicken.

„Verzehung! Sie irren sich! Ich kenne den Prinzen!“ sagte er mit fester Stimme und in unverfälschtem tarasconesischen Dialekt.

Der Offizier des Jägerregiments sah ihn einen Augenblick erstaunt an, dann suchte er die Akten.

„So?“ meinte er wieder in dem höhnischen Ton. „Das ist ja recht hübsch. Dann teilen Sie sich also mit ihm in die zwanzig Francs, die mir fehlen. Wir brauchen uns darüber ja nicht länger zu streiten.“

Damit wandte er ihm den Rücken zu und verlor sich in der Menge.

Tartarin war wütend; er wollte dem Rücken nachsehen, aber der Prinz verhinderte ihn daran.

„Lassen Sie nur, lassen Sie nur! Ich werde das Geschäft mit dem Menschen schon selbst abmachen.“

Damit ergriff er den Tarasconese am Arm, zog ihn mit sich fort und verließ mit ihm das Haus.

Als sie auf dem Plaze vor dem Theater angelangt waren, nahm Prinz Gregor von Montenegro seinen Hut ab, reichte seinem Helden die Hand und sagte mit zitternder Stimme: „Serr Barbarin —“ (er erinnerte sich nämlich des Namens nicht mehr genau).

„Tartarin!“ wachte der andere bescheiden zu äußern.

„Tartarin oder Barbarin — das tut ja nichts zur Sache. Wir bleiben verbunden, wir sind jetzt verbunden auf Leben und Tod!“

Und der edle Montenegriener drückte ihm kräftig und energisch die Hand. Man kann sich denken, wie stolz der Tarasconese in diesem Augenblicke war.

„Prinz — Prinz —“ stammelte er in freudiger Bestürzung.

Eine Viertelstunde später sahen die beiden Herren im Restaurant „Zu den Platanen“, einem sehr eleganten Wirtschaftshaus, das während der ganzen Nacht geöffnet ist, und von dessen Terrassen man den Ausblick auf das Meer hat. Bei einem sehr starken russischen Salat und einer Flasche trefflichen Weins aus Crescia schloffen sie hier nochmals den Bund der Freundschaft.

Man konnte sich wirklich nicht leicht einen einnehmenderen Menschen vorstellen, als diesen montenegrinischen Prinzen. Er war von schlanker, sehr eleganter Figur, seine kraulen Haare waren sorgfältig frisiert, wie auch sein Bart sauber ausstaffiert war. Er trug auf der Brust eine Medaille zum Teil recht sonderbar

aussehende Orden. Sein Blick war schlau, seine Bewegungen langsam und nachlässig — das alles gab ihm in Verbindung mit seiner an die Mundart der Italiener erinnernden Aussprache viel Ähnlichkeit mit Mazarin, nur daß er keinen Schnurrbart trug. Er schien übrigens mit der lateinischen Sprache sehr gut Bescheid zu wissen und in ihren Klaffen tüchtig beschlagen zu sein, denn bei jeder Gelegenheit zitierte er Tacitus, Horaz usw.

Er stammte aus einem sehr reich begüterten Fürstenhause, seine Brüder hatten jedoch, wie er erzählte, seit seinem zehnten Lebensjahr sich wegen seiner liberalen Gesinnungen von ihm losgesagt, und seitdem reiste er zu seiner Befriedung und seinem Vergnügen in der Welt herum. Ein Prinz, ohne Hofheit — und Philosoph! Welch seltene Erscheinung!

Der Prinz war auch drei Jahre lang in Tarascon gewesen, und als Tartarin nun beschreiben seine Verwandlung ausprüch, ihm nie im Klub oder auf der Promenade begegnet zu sein, sagten seine Hofheit ausweichend: „Ich — ich ging wenig aus.“ Tartarin war diskret und wagte nicht, nach dem Grunde zu fragen. Alle hochgestellten und berühmten Persönlichkeiten haben ja bekanntlich ihre Eigenheiten.

Alles in allem — dieser Gregor war wirklich ein außerordentlich lebenswürdiger und netter Mensch. Ein Glas Cremecocktail nach dem andern trinkend, hörte er geduldig und freundlich zu, als Tartarin ihm von seiner Maurin erzählte, und da er, wie er sagte, viele Bekanntschaften unter diesen hatte, versprach er seinem neuen Freunde, ihm die so schmerzliche Erfahrung zuzuführen.

Man trank viel und lange; man stieß an „Auf die Damen von Nigler!“ und „Auf das freie Montenegro!“

Am Fuße der Terrasse rollten die Bogen des unendlichen Meeres, und die Wellen, die das Ufer umspülten, plätscherten so leise. Die Luft war so warm und würzig, der Himmel so herrlich besternt —

Jetzt sang eine Nachtigall in den Platanen —

Natürlich bezahlte Tartarin die Rechnung für das Souper.

(Fortsetzung folgt)

Rüber sind Freunde, Rüber sind Gefährten

**Ämtlicher Teil**

**Bekanntmachung**

Auf den Antrag der hier wohnhaften 7 Holz- bildhauer wird auf Grund des § 100n der Gewerbeordnung hierdurch angeordnet, daß die Holzbildhauer aus der Innung der Drechsler und Fachgenossen auscheiden.

Gegen den Erlaß dieser Anordnung steht den beteiligten Gewerbetreibenden nach § 100b der Gewerbeordnung binnen vier Wochen die Beschwerde an den Senat zu.

Lübeck, den 13. September 1925.  
Der Senatsauschuß  
für Gewerbe- und Berufswesen.

**Das Konkursverfahren**

über das Vermögen des Kolonialwarenhandlers Karl Heine in Schlutup bei Lübeck wird, nachdem die Schlußverteilung erfolgt ist, hiermit aufgehoben.

Lübeck, den 10. September.  
Das Amtsgericht, Abt. II.

**Nichtamtlicher Teil**

Für erw. Anmerkungen u. Geschenke anläßl. un. Hochzeit dankt mir herzl. E. Kempe und Frau geb. Stracke. (1715)

Für die herzlichste Teilnahme u. Kranzspenden b. Heimgange un. lieben Entschlafenen sprech. wir allen Verwandten u. Bekannten, insbesond. Herrn Pastor Brandenburg für die trefflich. Worte un. herzlichsten Dank aus. (1716) Familie Kalkhorst.

**Heim- arbeiterinnen**  
auf Bettwäsche sofort gesucht.  
Wäsche- u. konfektions-Vertrieb, Breite Str. 25, I.

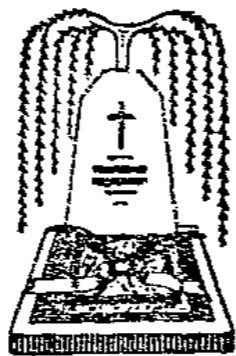
Heute entschlief sanft unser lieber Vater, Schmiedergroß- und Kleingroßwäpeler (2745) Christian Frick im 73. Lebensjahre. In tiefer Trauer Heinrich Blauer und Angehörige. Lübeck, 15. Sept. 1925 Gewerbestr. 28. Beerdigung am Montag, d. 20. Sept., 10 Uhr, Kapelle Bornert. (1745)

Koncert-Zither zu verk. (1717) Trawelmannstr. 37, I. r.

**NBL**  
Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Feuerbestattung oder Erdbestattung

Dazu Lieferung eines Grabsteins auf Kosten des Vereins



Abt. Grabpflege übernimmt die Bepflanzung der Gräber auch von früher verstorbenen Familienangehörigen. Nähere Auskunft in der Geschäftsstelle Hundestraße 49/51

Geschäftslokal  
Hundestraße 49/51

Geschäftszeit von 8—6 Uhr  
Telephon 8790

Der Verein gewährt den Mitgliedern beim Sterbefall eines Angehörigen volle Bestattung nach den Richtlinien des Vereins.

**Beim Eintritt**  
ist ein Eintrittsgeld zu zahlen. Die Höhe des Betrages richtet sich nach dem Lebensalter.

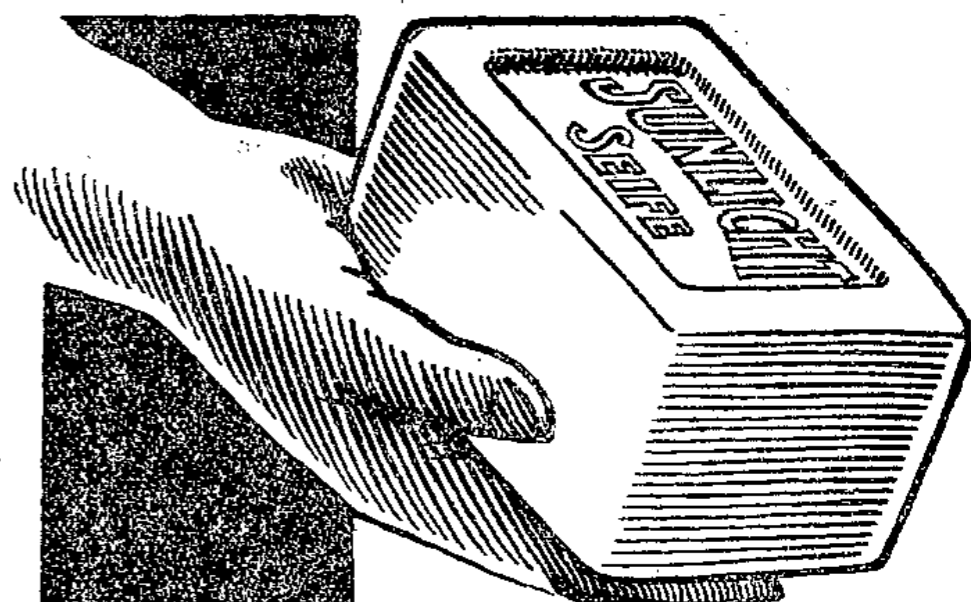
**Der Beitrag**  
ist sehr mäßig und kann von jeder Familie geleistet werden. Für Kinder bis zu 18 Jahren werden besondere Beiträge nicht verlangt.

**Die Sicherheit**  
über die Gewährung der Leistung besteht in den Rücklagen, die bisher festgelegt wurden.

**Über Gesundheitszustand**  
wird eine Erklärung nicht gefordert. Vergleichen Sie die Anpreisungen von anderen Bestattungseinrichtungen. (1698)

**Gute Bedienung**  
und die in eigenen Werkstätten ausgeführten Arbeiten, von denen sich jeder überzeugen kann, bringen dem Verein immer mehr Mitglieder.

**Aufnahmen**  
erfolgen in der Geschäftsstelle, bei den mit Ausweisen versehenen Werbepersonen und bei den Bezirksvorständen. Verlangen Sie die Richtlinien der Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.



Die handliche Form

des neuen großen „Sunlight“-Würfels für die große Wäsche ist ein neuer Vorzug dieser bewährtesten aller Seifen. Sunlight Seife schont die Wäsche.

Preis 40 Pfg.

**SUNLIGHT**

521

Nur bis Sonnabend!

Weit unter Preis

Nur bis Sonnabend!

**Großer Posten Schulstiefel u. Schuhe**

Größe 27—35, in vorzüglichen Qualitäten, Größe 27—30 5.40 RM., Größe 31—35 5.90 RM.

1 Posten feinfarbige Damen-Schuhe . . . . . 10.75 RM. und 12.75 RM. (1745)

Ferner empfehle ich für empfindliche, besond. schmale od. starke Füße außerordentlich bequeme Formen

**Schuhwarenhaus Auguste Popp**



**Sundfischen**

Die im Bereiche der Lübeck-Büchener und Cuxin-Lübecker Eisenbahnen in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1926 geänderten Gegenstände werden am 1. November 1926 von 9 Uhr vormittags ab versteigert soweit sie bis dahin nicht zurückgefordert worden sind (§§ 950, 1 B. G. B.) (1739)

**Öffentliche Versteigerung**

am Freitag, d. 17. d. Mts., vormitt. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:  
1 Bücher- u. 1 Zier- schrank, 1 Gebetsstuhl u. Tisch, 1 Delgamölbe, Schrank-Grammophon, Radio-Apparat, 1 Schreibmaschine (Ideal), 1 Herrsch-Jahresuhr, 1 Jalousieblende, 1 Urin-Performer, 1 Wappenstein-Handtaschen, 1 Partie Porzellan, 1 gr. Partie Porzellan, 1 große u. 1 kleine, ca. 120 Ritz-Steine, 1 Teil, 1 Teil, ca. 60 Ritz-Steine, 1 Teil, 1 Teil, ca. 60 Ritz-Steine, 1 Teil, 1 Teil, ca. 60 Ritz-Steine. (1741)

Leinwandmädchen gesucht f. 4-jährigen Knaben. (1709) Ang. u. H 673 an die Exp.

Möbl. Wohn- u. Schlaf- zimmer an zwei Herren zum 1. Okt. zu verm. (1725) Schulstraße 11 b, I.

Zu verm. 1 R. Damen- zimmer, Gr. 39, billig. (1721) Bahnhöfstr. 46<sup>2</sup>

Grünes Portemonnaie verloren. Abzugeben in der Exp. d. Bl. (1733)

3. perf. Belg. (Biberitz) Schilling u. Mansheit. (1731) Katenhäger 4 a, II (1731)

1 hübsch. Zieh- u. Wasch- hand zu verkaufen. (1730) Gärtnerstraße 42

3. lang. gel. Klapp-Sport- wagen ohne Verbed. (1725) Ang. u. Fr. u. H 674 a, b, c.

Schlafentzug!  
Bebel:

Das wirre Sein  
3 Bd. nur 6.— RM

Sachbearbeitung  
Lübecker Volksbote  
Johannisstraße 46

Selbstschreibende  
Indulgenzenbücher  
pr. Stk. 3.85 RM  
abzugeben. (1741)

Heinrich Boge  
Schuldenbuch  
Hindenburgstraße 17a,  
Telephon 912.

Billiges (1737)

**Brennholz**

(unzerkleinert)  
per Stk. 80 A, von 20  
Stk. ab 70 A per Stk.,  
frei ins Haus 30 A mehr

Schiffsverwertungs-  
gesellschaft Siemens  
h. Lübeck. Tel. 8752

Empfehle mich für  
Schwarze u. Angesehene

für Licht- und Kraft-  
anlagen, sowie Verkauf  
von Beleuchtungsartikeln  
Ango Soroc, Rang-  
Allee 12, Elektromechanik,  
Schwarze (1718)

**Glas** aller Art  
u. Zubeh. O. Fauchnitz,  
Glasbläserei,  
Herrnstr. 29, 1. Etage, 35  
Hinter-Str.

Für Wanderungen  
**Reichskarte**  
Umgebung  
von Lübeck  
in 3 Farben  
RM. 1.—

Buchhandlung  
Lübecker Volksbote  
Johannisstraße 46

**Waggon**  
prima

**Thüringer Zwetschen**

eingetroffen.  
10 Pfd. 2.20 Mf.

Verkauft bei:  
C. Straubing, Moislinger Allee 10. Tel. 1170.  
A. Milkowsky, Meierstraße 26. Telephon 8705.  
W. Kock, Hinter der Burg. Telephon 2024.  
H. Storm, Bäckerstraße 11—13. Telephon 8924.  
F. Lindemann, Morieteststraße 12.  
Schmidt, Kronsförder Allee 51. Telephon 8407.  
E. Raff, Meierstraße. (1734)

Heinrich Cunow:  
Die Marxsche Geschichts-  
Gesellschafts- u. Staats-  
theorie . . . . . M. 4.80

Karl Marx:  
Das Kapital, Volksausgabe M. 4.50

Robert Wilbrandt:  
Sozialismus . . . . . M. 2.50

**Billige Bücher**

Stefan Großmann:  
Lassalle, nur . . . . . 95 A

Franz Leppmann:  
Mirabeau, der Führer der  
französischen Revolution, nur 95 A

Davidis Kochbuch  
420 Seiten stark, nur . . . . . M. 2.—

Technischer Wortschatz  
410 Seiten stark, nur . . . . . M. 1.50

Buchhandlung  
**Lübecker Volksbote**  
Johannisstraße 46.

Dr. Biemann  
Facharzt f. Augenkrankh.  
zurück (1724)

Dr. Joël  
Königsstraße 10  
zurück (1711)

Dr. Wagner  
zurück.

Zahnarzt (1708)  
Dr. Hegewisch  
zurück

Dr. Gatzow  
Institut f. ärztl. Massage  
zurück. (1728)

Sprechstund. 11 1/2-1 Uhr,  
außerd. Massagen nachm.  
nach vorher. Verabredg.

Kinder-Bettstellen  
von 14.50 bis 55.—

Große Bettstellen  
von 12.50 bis 65.—

Bettenhaus  
Pauline Karstadt

Carl Karstadt Ww.  
Holstenstraße 18

**Möbel**  
ab Lager

sehr preiswert und gut  
wie (1725)

Schlafzimmer,  
Speisezimmer, Küche,  
einzelne Möbel.

Gute Arbeit.  
Teilaahlung gestattet.

Heine, Debenau 8

**Bubikopf**

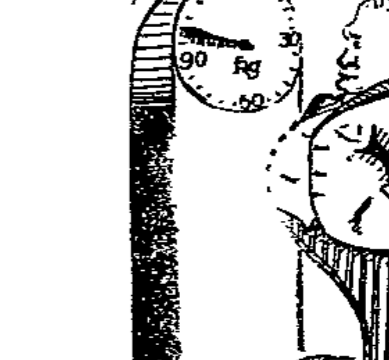
neueste Form  
schneidet

E. Mittelstädt  
Damen- und Herren-Friseur  
Adlerstraße 35. (1742) Fernsprecher 3716.

**Geschichte**

der deutschen Sozialdemokratie  
von Franz Mehring — 2 Bände 16.— Mark

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“  
Johannisstraße 46



Nur dann ist es  
richtig

**Sturkamp Salz**

Das ist die  
richtige

Salz für die  
ganze

Generalvertretung:  
Deutsche Handelsgesellschaft m. b. H.  
Hamburg, Mönckebergstr. 8

## Freistaat Lübeck

Mittwoch, 15. September

### Die Herrschaften mit dem vaterländischen Geist!

Kürzlich war ich in einem Cafe, wo sich an einem Tische einige Stahlhelmer breit machten. Im Kommizton unterhielt man sich ziemlich laut, ohne Rücksicht auf andere Gäste. Ziemlich übel renommierte einer immer noch lauter als der andere. Es waren richtige Lausheiden. Endlich rief einer, den ich von Ansehen schon lange kenne, weil er stets mit seinem Stahlhelmschleppherumläuft und es auf allen möglichen und unmöglichen Kleidungsstücken anzubringen weiß: „Lolalweschell!“ — „Wir gehen jetzt in den Weißen Hirsch!“ — „Was soll das?“ — „Dort sind doch heute sicher Kommunisten. Wir können doch anderswo hingehen.“ — Der ruhige, zum Frieden ratende Mensch kam aber schon an. — „Du hast wohl Angst“, rief der ständige Stahlhelmtträger, „das sag' ich euch, wenn auch keiner mitgeht, ich gehe hin. Ich werde ihnen schon zeigen, was 'ne Harke ist. Wollt ihr nun mit oder nicht?“ — Da gingen sie alle mit.

Ein kleines Erlebnis. Nichts weiter. Und doch so bezeichnend für die Anhänger des Stahlhelms. Nur immer den Helden, den Kaufbold hervorheben, sich so abstoßend wie möglich benehmen. Das ist in den Augen dieser Leute echt „teufisch“.

Was schezen sie sich um Weltgeschichte um das Wohlergehen unseres Vaterlandes? Man spricht von Hingabe für das Vaterland, aber man erfüllt nicht die einfachsten Pflichten. Diese Menschen sehen uns täglich, stündlich herab. Jedem anständigen Deutschen muß die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er dieses lächerliche Gebahren sieht.

So sind nämlich nicht einige, sondern alle, die dem Stahlhelm anzugehören die Ehre haben. Das beweisen die Artikel der Stahlhelmszeitung.

Der „Stahlhelm“ schreibt in einem Verfassungsartikel gegen den Ungeist von Weimar:

„Der Weg zu Deutschlands Freiheit geht nur über die Weiche der Weimarer Verfassung.“

Noch mehr leistet sich „Die Standarte“:

„Wir haben heute alle Bekenntnis abzulegen, was jahrelang verschwiegen oder vereinzelt gesagt wurde, wir haben die Gemeinschaft der nationalistischen Märtyrer zu bekunden. Schlageter, einsam im Tale erschossen, Dreger, im französischen Gefängnis zu Tode gequält, die Reichen der vordersten Nationalisten, die an der Feldherrnhalle ermordet wurden, Kern und Fischer, die im Turm von Saaleck gesteckt und wie edles Wild erlegt wurden, Tillesen und Schulz, die in die Welt vertrieben wurden, die vielen Verfolgten der Republik, die ihre jungen Jahre hinter Mauern verlieren mit Hunger und Unruhe, alle die Mutigsten, die Dämonischen unserer Front, die Worttruppen unserer Revolution, wären umsonst gefallen, umsonst verfolgt, ins Nichts gewandert, wenn wir nicht zu ihren Taten kündeten... Wir bekennen die Gemeinschaft der nationalistischen Märtyrer. Das heißt, wir nennen in einem Atem Schlageter und Kern, Tillesen und Dreger, Kuzkämpfer und Attentäter, denn sie sind Männer von einem Fanatismus.“

Da haben wir es, ein glattes Bekenntnis für die Mörder von Rathenau und Erzberger. Das ist der „vaterländische Geist“ dieser Leute.

Sehen wir klar. Wenn sich jetzt nicht Tausende der Mitläufer des Stahlhelms angewidert abwenden von ihren „Führern“, dann muß es für jeden Republikaner heißen: „Hinein in die republikanischen Parteien, hinein ins Reichsbanner!“

Deutschland hat durch seine Aufnahme in den Völkerbund Verpflichtungen übernommen. Wir müssen reine Hände haben. Wir müssen einmal im eigenen Hause gründlich aufräumen. Einmal fest zugepackt, und der ganze Stahlhelmschmutz verfliegt. Lassen wir aber alles beim alten, so kann eines Tages eine blutige Saat aufgehen, die jeder vernünftige Deutsche von Herzen bedauern muß.

Wer solchen Haß sät, verdient keine Schonung mehr! P. A.

### An unsere Leser und Mitarbeiter!

Die telephonische Verbindung des „Volksboten“ ist durchgreifend verbessert worden. Durch die Einrichtung einer Telefonzentrale ist die Verbindung mit den einzelnen Abteilungen des „Volksboten“ erheblich erleichtert worden. In Zukunft ist es gleichgültig, welchen der drei bestehenden Anschlüsse 905, 926 und 8191 der Teilnehmer benutzt, er wird durch die Zentrale mit jeder gewünschten Stelle verbunden. Unsere Freunde bitten wir, von dieser neuen Einrichtung recht lebhaften Gebrauch in der Weise zu machen, daß sie der Redaktion von irgend welchen allgemein interessierenden Vorfällen, Bränden, Verkehrsunfällen usw., die sie durch Zufall erfahren, möglichst schnell Nachricht geben.

### Die „Ordnungsliebenden“ und die Polizei

Der Beweis für unsere Behauptung, die Heße gegen die Lübecker Polizei entpringe einer über das ganze Reich organisierten Taktik, ist nicht schwer zu führen. Es gibt ja auch andere Städte im deutschen Vaterland, die unter dem „Fluch“ sozialdemokratischer Polizeiherrn zu „leiden“ haben. So Altona, wo der Polizeichef noch zugleich Oberbürgermeister ist. Ganz wie bei uns verjuchten die „nationalen“ Kreise dieser guten Stadt durch tägliche Klagen über „Unordnung“, „Unsauberkeit in den Straßen“, zahllose Ueberfälle usw. dem vielgeliebten Stadtoberhaupt etwas anzuhängen; und nachdem man in der General-Anzeiger-Presse genügend vorgearbeitet hatte, setzte man im Vertrauen auf die deutschnationalen Gefinnungsfreunde in der Regierung zum Hauptschlag ein, zu einer großen Beschwerde an den Minister.

Die Polizeidirektion in Altona lud das Thüringische Ministerium ein, die Dinge selbst zu untersuchen und das Ministerium antwortete darauf:

„Wir sind nach Altona durchsicht auf Grund des vorliegenden Materials zu dem abschließenden Ergebnis gekommen, daß für ein Einschreiten im Aufschlagswege gegen die Leitung der städtischen Polizei oder einzelne Beamte eine geeignete Grundlage nicht vorhanden ist.“

Die Ordnungsbundregierung muß also ihre eigenen Freunde derart abfallen lassen. Aber die sozialdemokratische Fraktion nahm in der ersten Sitzung des Stadtrates nach den Ferien Ge-

## Moderne Schule

Von Ernst Schermer.

### 4. Das Schulmuseum

Heimatkunde steht heute im Mittelpunkt des Unterrichts. Mancher Lehrer hat, um den Anforderungen der Heimatkunde gerecht werden zu können, viel arbeiten müssen. Es fehlte nämlich sozusagen alles, um Heimatkunde treiben zu können. Das hört sich scheinbar merkwürdig an, wer aber einmal etwas tiefer in die Sache hineinkam, merkte, daß er eigentlich recht wenig von der Heimat wußte. Die Heimatkunde der alten Schule war ein Anschauungsunterricht, ein Bilderdienst, der vielleicht soweit kam, schließlich noch einen Stadtplan zu entwerfen. Dann war Schluß. Der Lehrer, der aber mit seiner Klasse hinausgeht, wird von seinen Kindern, wenn sie keine Schlafmühen sind, so ausgefragt, daß er bald fertig mit der Buchwissenschaft ist. Es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als erst einmal allein hinzugehen und sich gründlich vorzubereiten. In dem Augenblick, wenn er soweit ist, merkt er, wie wenig wir alle beschcid wissen, und wie schwer es ist, sich selbst zu unterrichten, weil die Unterlagen fehlen oder so zerstreut sind, daß es über die Kraft eines einzelnen Menschen geht, das Material herbeizuschaffen.

So kam es zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften. Lehrer, die ganz verschiedene Gebiete bearbeiten, tragen ihre Ergebnisse zusammen und schaffen so etwa eine gründliche sorgfältige Unterlage, eine Stoffsammlung, die allen zugänglich ist. So entstanden in Lübeck die beiden ersten Heften der Arbeitsgemeinschaft für Heimatschule und Heimatsforschung. Das gleichfalls von dieser Vereinigung herausgebrachte Watenheft hat auch in weiteren Kreisen freundliche Aufnahme und Anerkennung gefunden.

Vor drei Jahren hatte ich Gelegenheit, in Hamburg-Barmbeck eine Heimatausstellung kennen zu lernen, die in vieler Beziehung vorbildlich war. Dort hatte eine Arbeitsgemeinschaft von Lehrern alles zusammengetragen, was für den Stadteil Barmbeck von Wert war. Man sah an der Hand von Karten, Plänen und Bildern, wie aus einem Dorf allmählich eine Stadt wurde. Man lernte die Erdrinde kennen, besonders im Gebiet vorkommende Vertreter der Tier- und Pflanzenwelt, Material über die Beschäftigung (Berufe) der Bewohner, Einblick in die Industrie des Ortes mit Materialsammlung. Beispiele: Herstellung einer Eisenbahnstrecke, eines Buches für Blinde (Blindenchrift) u. a. Sehr fein war der Bau der Straße, aus der die Anlage der unterirdischen Kabel, Gasleitung, Stiele klar hervorging. Wichtig war eine Zusammenstellung von Bildern, die gute und schlechte Gebäude zeigten, natürlich alles Beispiele aus dem Stadteil. Die Jugend soll schon ein kritisches Auge für Schönheit und Verschandelung erhalten.

Als ich alles in Augenschein genommen hatte, war ich von dem Werte dieser Ausstellung für unsere Schulen überzeugt. Ich bedauerte nur, daß diese ungeheure Arbeit nicht dauernd zur Geltung kommen konnte. Vor der Hand hatte man keinen Platz zur Unterbringung.

Anlässlich der 700-Jahrfeier hatten wir hier in Lübeck auch eine Ausstellung, die den Grundstock für ein Schulmuseum für Heimatkunde abgeben könnte. In Lübeck liegen Schätze dieser Art bei Behörden, in Archiven sorgfältig verpackt, unzugänglich

obendrein. Wenn da einmal ausgepackt würde! Es müßte dann gelingen, für die verschiedensten Zeitalter das Material übersichtlich zu ordnen und aufzustellen. Meistens wird es sich um Sachen handeln, die für irgendeine andere Stelle wertlos sind, die für die Schule aber von großem Nutzen sein werden.

Es kann entgegenget werden: erfüllen unsere Museen ihre Aufgabe nicht? — Sie haben andere Aufgaben. Genau so gut, wie unsere Stadtbibliothek anderen Zwecken dient als eine Volksbibliothek. Bei dem Museum für Kunst- und Kulturgeschichte wird der Kunstwert eines Stückes für die Anschaffung und Aufnahme entscheidend sein. Für die Schule braucht das keine Rolle zu spielen. Bei der Entwicklung des Verkehrs wird man z. B. die verschiedenen Fahrzeuge in Modellen aufstellen, in unserem Museum ist kein Platz für derartige Dinge. Sehr wertvoll wäre es, die Entwicklung unserer Stadt in Resten und Karten darzustellen, Entwicklungsreihen, wie sie auch das Watenheft in der Anlage zeigt. Die Arbeitsgemeinschaft für Heimatschule und Heimatsforschung kann und wird die Wege schon weisen und die Arbeit übernehmen.

Aber da taucht die Platzfrage auf und damit eine große Gefahr. Soweit ich unterrichtet bin, haben unsere Museen zurzeit keinen Platz für die Aufstellung einer sehr bald umfangreichen Sammlung. Sollten aber nicht in einer Schule vorläufig einige Räume für diesen Zweck hergegeben werden können. Innerhalb der Stadt wird es wohl kaum möglich sein. Aber eine Schule vor dem Tore würde sich doch vielleicht finden lassen. Dann könnte doch schon ein Anfang gemacht werden. Ich bin davon überzeugt, daß man sich bald in weiten Kreisen von der Notwendigkeit und dem Nutzen dieses Schulmuseums überzeugen wird und dann auch Mittel und Wege finden wird, um dieses Institut weiter auszubauen.

Es handelt sich hier um eine so wertvolle Arbeit, daß sich auch Kreise des Handwerks und der Industrie die Sache durch Hergabe von Modellen und Plänen unterstützen werden.

Es darf doch angenommen werden, daß nicht nur die Schulen, sondern auch die Öffentlichkeit an sehr vielen Dingen, die hier ausgestellt werden, ein Interesse haben wird. Welche Aufgabe wäre zum Beispiel die Entwicklung unseres Hafens und unserer Schifffahrt. Alles in Modellen von Schülern gearbeitet. Dazu eine Statistik über den Handel im Mittelalter, der Niedergang der Hanse, die Absperrung während der Franzosenzeit, neue Belebung im vergangenen Jahrhundert, Lübecks Handel während des Weltkrieges. Ein Geschichtslehrer könnte da etwas schaffen und wir alle hätten gut davon.

Es ist nicht so einfach, Heimatkunde gründlich zu geben. Wir stehen noch am Anfang. Viel Vorarbeit ist noch nötig, damit unsere Heimatkunde ihren Platz ehrenvoll ausfüllen kann. Ueber die Notwendigkeit der Heimatkunde wird nicht mehr gestritten. Der weitere Ausbau — darüber sind sich wohl alle Lehrer einig — ist eine Hauptforderung.

Das Schulmuseum für Heimatkunde kann den Weg erleichtern. Mögen alle, die unserer Schule helfen wollen, versuchen, den Weg zu ebnen, damit es bald gegründet werden kann.

### Jugend heraus! Jugend heraus!

Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus große gewerkschaftliche Jugendkundgebung

Ansprache des Genossen Max Drobisch, Hamburg

Musikvorträge der Musikgruppe der Jugend Liedervorträge des Jugendchors, Gemeinsame Lieder, Rezitationen u. a. m.

Erscheint in Massen!

legenheit, die Dinge auch vor der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Dabei stellte sich heraus, daß alle die Ueberfälle glatt erlunden waren. Es war üblich geworden, daß der Zollinspektor Lausch in jeder Stahlhelmsammlung die Frage stellte:

„Hat jemand Beschwerden gegen die Polizei?“

Selbstverständlich hatten sie Beschwerden. Um nur einen Fall herauszugreifen: Einer der Stahlhelmschleppher hatte die Beschwerde angebracht, daß er von zwei Männern früh um 5 Uhr überfallen worden sei. Man untersuchte die Sache und bei der Polizei gab er de- und wehmütig zu:

„Ich gebe jetzt zu, unwahre Tatsachen meinen Freunden, dem Führer unserer Organisation und auch an Kriminalstelle vorgebracht zu haben. Ich hatte mich an diesem Tage etwas verspätet, weil ich zu lange geschlafen hatte und habe den Ueberfall als Entschuldigung meinem Führer und auch meinen Freunden erzählt. Ich bereue dieses heute und bitte, mich wegen dieser Sache nicht bestrafen zu wollen. Auch bitte ich, unserem Führer die Angelegenheit nicht zu unterbreiten.“

Ein anderer hat behauptet, daß er von etwa 10 oder 15 Personen in den Toreingang des „Volkszeitungs“-Gebäudes gezo-gen und dort verprügelt worden sei. Auch das war nicht wahr, wie überhaupt all die Beschwerden, die man dem Ministerium unterbreitet hatte.

Die „nationalen“ Helden von Altona sind seitdem außerordentlich polizeifromm geworden. In Lübeck müssen sie sich, scheint's, erst noch etwas mehr blamieren. Die Reinfälle des Herrn Weber und anderer prominenter Persönlichkeiten langen, scheint es, noch nicht.

Zu dem Zwischenfall in Schütup selbst übersendet uns das Polizeiamt nach folgende Bemerkungen:

Dem Polizeiamt ist weder dienstlich noch außerdienstlich etwas von der Denkmalsanweisung bekanntgeworden. Insbesondere ist eine Anmeldung dieser Feier und ein Ersuchen um Genehmigung beim Polizeiamt nicht erfolgt.

Wäre der Antrag gestellt worden, so hätte ihn das Polizeiamt genehmigt und damit alle Veranstellungen zur angeführten Durchführung der Feier getroffen, demgemäß also in dem Erlaubnis dem Roten Frontkämpferbund, in dessen Auftrage nicht das Bürgerchaftsmitglied Rosengart, sondern ein Herr A. Ollrogge zeichnete, Zeit und Weg so vorgeschrieben, daß eine Störung der anderen Veranstellungen ausgeschlossen gewesen wäre.

Gleichzeitig aber hätte das Polizeiamt auch seine Aufsichtsorgane mit genauer und entsprechender Anweisung versehen und so die angeforderte Durchführung der Denkmalsfeier überwacht und durchgeführt. Da aber einerseits keine derartige Anweisung an die örtlichen Polizeibeamten ergangen war, andererseits diesen von den Kommunisten ein ordnungsmäßiger polizeilich ausgestellter Erlaubnischein zur Veranstellung dieses Umzuges vorgewiesen werden konnte, so kann von einem Verjagen der Sicherheitsorgane nicht gesprochen werden.

Völlig unzutreffend ist die Angabe, auch das Reichsbanner habe zum 12. 9. 26 einen Umzug in Schütup beim Polizeiamt beantragt. Diese Nachricht ist frei erfunden. Ebenso diese, „das Reichsbanner macht gegen 3 Uhr nachmittags seinen Umzug“.

Der verfertete Vorwurf, das Polizeiamt behandle Anträge bürgerlicher und vaterländischer Vereine anders, also möglicherweise, wie solche linksgerichteter Verbände, richtet sich von selbst und zerfällt an objektiv beweisbaren Tatsachen.

Ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit werden Gesuche geprüft und genehmigt, sofern keine Bedenken gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit bestehen, sonst geändert, insbesondere Vorschriften bezüglich der Zeit und der eingehaltenden Wege gemacht.

Indem sich das Polizeiamt auf die Berichtigung der Hauptpunkte beschränkt, fügt es der Vollständigkeit halber hinzu, daß es gegen die Störer der Denkmalsfeier gerichtlich vorgehen wird trotz der Immunität des Leiters des kommunistischen Zuges.

Oberrealschule zum Dom. Am Montag, dem 13. September, fand unter dem Vorsitz von Herrn Prof. Grund die Reifeprüfung an der Oberrealschule zum Dom statt. Es bestanden der Oberprimaner Hans Ulrich Kühne (Medizin) und die Herren Christian Reumann (Lehn. Hochschule) und Heinrich Wilhelms (Jura).

Schmut Deutscher Kriegsgräber. Der „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V.“ teilt uns mit, daß er zu den bevorstehenden Gedentagen wiederum bereit ist, im Auftrage von Angehörigen einzelne Gräber im ehemaligen Feindesland zu schmücken. Wer für einen Gefallenen einen Grabhügel bestellen will, der wende sich mit genauer Angabe aller auf den Gefallenen bezüglichen Daten (Vor- und Zuname, Dienstgrad, Truppenteil, Todesstag, Friedhof und möglichst auch Grabnummer) an den Deutschen Volksbund, Berlin W. 15, Brandenburger Straße 27. Der Mindestpreis für 1 Kranz ist: für Frankreich 10 RM., für Belgien 6 RM., Polen und angrenzende Gebiete 8,50 RM., Ruß-

land 8,50 bis 15 RM. Näheres ist zu erfahren aus der Zeitschrift: „Kriegsgräberfürsorge“, die für den Preis von 25 Pf. für die Nummer, Halbjahrsbezugspreis (6 Hefen) 1 RM., bei der genannten Geschäftsstelle zu beziehen ist.

### Die Buddenbrookabende

Von Herrn Dr. Fritz Endres wird uns geschrieben: Die Buddenbrookbuchhandlung in Lübeck veranstaltet zum fünftenmal ihre Buddenbrook-Abende. Sie darf auf ihre bisherige Leistung stolz zurückblicken: wenigen deutschen Städten sind ähnliche Vorträge geboten worden. Der Winter 1926/27 soll ihre Reihe würdig fortsetzen. Darum wird zuerst im September der Heidelberger Orientalist Professor Dr. Zimmer über „Indische und westliche Weltanschauung“ sprechen: es ist bekannt, welche Bedeutung der Osten wiederum für die deutsche, die europäische Seele gewinnt. Dann wird im Oktober der dänische Dichter Martin Andersen Nexö „aus eigenem Leben und eigenen Werken“ lesen: neben Emilie Zola wohl der größte künstlerische Gestalter der sozialistischen Idee; seine gewaltigen Romane „Kette der Eroberer“ und „Stille Menichentind“ kennt die Welt. Im November wird Hans Carossa nach Lübeck kommen; sein „Gebächte“, die „Kindheit“, der „Doktor Bürger“, das „Kumantische Tagebuch“ sollten eigentlich eines Hinweises nicht mehr bedürfen: sie sind still und tief. Im Dezember hält unser Museumsdirektor Carl Georg Heise aus persönlicher Kenntnis einen Lichtbildvortrag über Franz Massee: die erschütternden Zeichnungen dieses erstaunlichen Mannes hat Henry van de Velde „das Drama ohne Worte“ genannt. Im Januar folgt der größte lebende Dichter der Niederlande, der Hamburger Hans Friedrich Blund, im Februar voraussichtlich der Bremer Rudolf Alexander Schröder, der Schöpfer der „Elysiens“ und der „Deutschen Oden“, der unvergleichliche Uebersetzer des Homer und des Virgil, endlich im März, einer großen Zahl dankbarer Leser längst bekannt, Walter Bonjels.

Aber — und dieses „aber“ muß leider sehr kräftig unterstrichen werden — die Buddenbrookabende können fernerhin nur dann abgehalten werden, wenn die Lübecker lebhafter als im letzten Jahre an ihnen teilnehmen. Ein „Geschäft“ sind solche Veranstaltungen nie und sollen es nie sein; ein gewisses Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe muß dennoch wohl oder übel bestehen. Sollte die Buddenbrook-Buchhandlung wiederum gezwungen sein, sehr erhebliche Summen zuzuschließen, so kann sie die Buddenbrookabende nicht mehr weiterführen. Sie hat, um ihren Freunden entgegenzukommen, ein billiges Abonnement eingerichtet.

Noch immer kann also ein Wert erhalten werden, dessen Zerkörung im Interesse des Lübecker Kunstlebens doch sehr zu bedauern wäre.

Wir können den Appell des Herrn Endres aus eigener Kenntnis nur warm unterstützen. Der „Vollstohr“ hat ja bereits in den letzten Jahren die Abende regelmäßig besprochen, und hat, unbeschadet einzelner Fehlgänge, immer wieder betont, daß hier eine wirkliche und für Lübeck bedeutsame Kulturarbeit geleistet wurde. Der Referent erkennt gerne an, daß manche der Abende zu den schönsten Erinnerungen des letzten Winters gehören und hat nur den Wunsch, daß in der kommenden Saison, deren Programm wiederum ausgezeichnet zusammengestellt erscheint, auch diejenigen aus der Arbeiterschaft, die sich diesen Bildungsurlaub leisten können, von dieser für Lübeck einzigartigen Gelegenheit Gebrauch machen.

### Gesamt

#### Strandung des Lübecker Dampfers „Franz“

Der im Jahre 1907 in Schweden aus Holz erbaute Dampfer „Franz“ des Reeders Max Heye dient seit mehreren Jahren dem Transport von Getreide von Stens nach hier. Mit einer solchen Ladung von 212 Tons ging das von Kapitän E. S. E. gesteuerte Schiff am Sonnabend, dem 7. August ds. Js., bei mäßigem Winde auf Lübeck in See. Während der Fahrt kam eine ziemlich starke Dünung auf, das Schiff schlingerte und machte viel Wasser und konnte trotz Anwendung von Maschinen- und Handpumpen nicht leistungsfähig werden. Der Kapitän entschloß sich deshalb, in einer Nacht einen geschützten Liegeplatz anzuliegen, wo es auch gelang, das Schiff gegen Witternachtslauf zu pumpen. Der Wind blies ab, so daß die Fahrt am 8. August morgens 4 Uhr fortgesetzt wurde. Irgehwelche Bedage ist während des Stillfahrens des Schiffes nicht festgestellt worden. Auf seiner weiteren Fahrt machte das Schiff abermals erhebliche Wasser, daß das Feuer der Maschine zu erlöschen drohte. 11 Uhr vormittags ging der Dampfer aus diesem Grunde erneut zu Anker; trotz Pumpens stieg das Wasser immer höher. Da der Kapitän die Lage des Schiffes für äußerst bedrohlich hielt, setzte er am Nachmittag drei Mann der Besatzung an Land mit der Befehl, die Hafenbehörde von Altona zu benachrichtigen, von wo der Dampfer nur etwa eine Seemeile entfernt anker. Das Feuer der Maschine wurde gelöscht, da das Wasser bereits dicht unter dem Koff stand und eine Explosion des Kessels zu befürchten war. Abends gegen 5 Uhr kam ein Motor-Fischerboot mit Zollbeamten an das Schiff und schleppte es auf Strand. Kapitän hat der Kapitän nicht gegeben, auch keine Bergungsmittel zu erlangen versucht.

Nach der Einzahlung begab sich der Kapitän an Land und richtete ein Telegramm an die Reederei, die er um Verhaltungsmaßregeln bat. Nach einem Telefongespräch am Montag morgen erhielt der Kapitän von der Reederei zwei Telegramme, in der die Heimkehrung der Mannschaft angeordnet und empfohlen wurde, alles zu tun, was den Schaden herabzumindern könne. (Am Sonntagabend wurde von einem Bergungsdampfer Hilfe angefordert, die der Kapitän in Erwartung der Anweisung darauf die Reederei abschickte.) Am Dienstag vormittag kam der Expedient der Bergung an Bord und erklärte, als der Kapitän abermals den Abschluß eines Bergungsvertrages ablehnte, das Löschen der Ladung und Pumpen an. Nachdem ein Teil der Ladung über Bord geworfen war, wurde das Schiff nachmittags 4 Uhr abgeschleppt und nach Røgenhagen gebracht, wo es heute noch liegt. Verhört war das Schiff gegen Totalverlust.

Der Reichskommissar warf dem Kapitän vor, daß er es unterlassen habe, das Schiff leug zu pumpen, nachdem es ihm doch einmal gelungen war. Da eine Bedage nicht festgestellt sei, könne das Einbringen des Wassers doch nur durch überhörsamer Seen verursacht sein. Der Kapitän habe auch keine eigenen Entschlüsse gefaßt, obwohl ihm durch das Stilllegen der Maschine eigene Hilfsmittel überhand nicht mehr zur Verfügung standen. Er habe immer auf Weisungen der Reederei gewartet, trotzdem er keine Anweisungen für den Fall des Totalverlustes des Dampfers nehmen konnte. Der Kapitän habe die Strandung des Schiffes mitzuarbeiten, er habe sich überhaupt damit nicht beschäftigt, daß ihm die Befugnis zur Ausübung des Schiffergewerbes zu entziehen sei.

Das Seesamt gab folgenden Spruch ab: Die Ursache des Unfalls ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Dem Kapitän wird zum Vorwurf gemacht, daß er während eines Zeitraumes von etwa 7 Stunden nichts zur Rettung des Schiffes unternommen hat. Es ist ihm deshalb dem Antrage des Reichskommissars entsprechend die Befugnis zur Ausübung des Schiffergewerbes zu entziehen. Der erste Vorsitz des Reichskommissars, daß der Kapitän es unterlassen habe, das Schiff zum weiteren Leug zu pumpen, nicht nicht aus, ihm die

## Neues aus aller Welt

### Die Geuche der Eisenbahnentente

#### Die Kinder sind schon angeklagt

Wie die Reichsbahndirektion Altona mitteilt, ist am Montag auf der Strecke zwischen Neumünster (Hofstein) und Nortorf ein Anschlag verübt worden. Bei Kilometer 869 war ein großer Feldstein quer über die Schienen gelegt, der jedoch vom Schienenträger des durchfahrenden Personenzuges 957 ohne schädliche Folgen beiseite geschleudert wurde. Als Täter wurde ein 17jähriger bei einem Landwirt in der Nähe beschuldigter Förgesögling festgesetzt und verhaftet.

Von der Reichsbahndirektion Halle wird mitgeteilt: Auf der Strecke Forst-Guben wurden von dem zuständigen Bahnmelster zwischen Kilometer 13,5 und 13,7 21 Feldsteine in ungefährer Größe von 20 Zentimetern gefunden. Der sofort eingeleitete Streifen dienst ermittelte die Täter in Gestalt von vier bis fünfjährigen Kindern.

### Opfer des Meeres

Beim Veringsfang ertrunken. Aus Thorshavn wird über ein schweres Seeeunlück bei Island berichtet. Das Motorboot des dänischen Schoners „Rosenheim“, der zurzeit bei Nordisland Heringsfang betreibt, wurde am Donnerstag von dem Isländer Trarler „Jon Forseti“ bei Midfjord gerammt. Drei Mann der Besatzung des Motorbootes ertranken. Der Führer des Schoners, Thomas Thomassen, brach mehrere Rippen und zog sich eine Lungenerkrankung zu.

Gerhart Hauptmann macht sich lächerlich. Wie eine Korrespondenz erzählt, war Gerhart Hauptmann seit langem der Ueberzeugung, daß Shakespeares „Hamlet“ ein verkrümmeltes Werk sei (?). Er habe sich daher seit Jahren bemüht, aus vielfachen Quellen heraus in aller Stille das Werk so zu bearbeiten, wie es nach seinem Glauben und Instinkt (!) Shakespeares Gedicht hat. Diese Neubearbeitung sei nun vollendet und solle demnächst aufgeführt werden. — Zeigt diese Angelegenheit von einer beängstigenden Stärke des Prominenten-Himmels bei Hauptmann, so ist der Dichter leider auch in einer anderen Sache sehr übel beraten gewesen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Der Dichter Hans Kasper hat für die Filmgesellschaft Ufa einen „Faulstielm“ geschrieben. Die Ufa, der der verfilmte „Faulstielm“ an sich offenbar nicht zugräftig genug erschien, hatte Gerhart Hauptmann eingeladen, zu diesem Film die „Titel“, d. h. den die Bilder begleitenden Text zu dichten. Gerhart Hauptmann hat die Einladung der Ufa, die offenbar von dem Angebot eines stattlichen Honorars begleitet war, angenommen. Für einen fertigen Film die Titel zu „dichten“, ist uneres Erachtens keine Aufgabe für einen Autor von der Bedeutung Hauptmanns. Es ist sehr bedauerlich, daß er nicht selbst so viel gefunden Instinkt besitzt, dies einzusehen. Gerade, wer der Hauptmann der früheren Zeit verehrt, wird die Ueberheblichkeit und Geschmacklosigkeit des alternen Dichters besonders schmerzlich empfinden.

Opfer der „Sittlichkeit“. In Gerkenberg bei Altenberg er eignete sich ein Aufsehen erregender Doppelmord. Der 21jährige Gutsbesitzersohn Abel hatte schon längere Zeit mit der auf dem väterlichen Gut beschäftigten Hildegard Brode ein Liebesverhältnis gehabt, das nicht ohne Folgen blieb. Wiederholt waren den beiden jungen Leuten von ihren Eltern Vorhaltungen gemacht worden. Als die Eltern des Mädchens dem Abel mit Strafandrohung drohten, weil er eine minderjährige verführt hatte, begingen beide Selbstmord. Am Sonntagabend, als der Gutsbesitzer und seine Leute zum Erntedankfest gegangen waren, erhängten sich beide in der elterlichen Wohnung.

Verbrecherjagd auf der Seine. Eine aufregende Verbrecherjagd spielte sich mitten in Paris ab. Ein Dieb, der nach dem Verhör in seine Zelle im Polizeigefängnis geführt werden sollte, schlug mit einem Rinnhafen von links den Beamten, der ihn am Arme hielt, zu Boden, sprang durch ein offenes Fenster nach der Seite des Seinenfers. Während die Verfolger hinter ihm her waren, machte der Flüchtling einen Ruck los, der am Ufer festgebunden war und trieb die Seine hinab. Er entlebte sich aller seiner Kleider, machte, als er nackt war, zu den Polizisten am Ufer gemeldet eine sehr respektwürdige Gebärde und sprang dann mit einem Hechtsprung ins Wasser, um sich schwimmend zu retten. Aber als er in einiger Entfernung auftauchte, sah er rechts und links Boote, in denen Männer mit Revolvern standen. Es blieb dem Ausreißer nichts anderes übrig, als sich zu ergeben.

Ein deutsches Motorboot gerammt und gesunken. Ein von Korjok nach Villa Constitution unterwegs befindlicher englischer Dampfer der Canadian Transport kollidierte in der Nacht zum Sonntag auf dem Parana-Flusse, 250 Kilometer von der Mündung entfernt, mit dem deutschen Motorboot Christen Binnen, das nach Le Havre unterwegs war. Die Christen Binnen sank innerhalb weniger Minuten. Die Besatzung konnte sich in Sicherheit bringen.

Befugnis zu entziehen. Dagegen war es seine Pflicht, sich sofort nachdem das Schiff auf Strand lag, um Hilfe zu bemühen. Statt dessen verhielt er sich etwa 7 Stunden tatenlos. Einem Kapitän von derartiger Hilflosigkeit kann kein Schiff anvertraut werden, es wurde daher dem Antrage des Reichskommissars entsprechend erkannt.

### Lage des Arbeitsmarktes in Mecklenburg-Lübeck

Mit der Beendigung der Palmzuckerernte trat, abgesehen von einigen örtlichen Schwankungen, eine allgemeine geringe Abwärtsbewegung des Arbeitsmarktes ein. Hinzukommen wieder Entlassungen aus der Metallindustrie. Im Lübecker Bezirk scheint die in der Vorwoche gemeldete Neigung zur Verschlechterung leider weiter von Bestand zu bleiben. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen nahm für Männer etwas ab, für Frauen dagegen etwas zu. Gemeldet wurden in Mecklenburg-Schwerin 429 (4315) Arbeitsfahnde, davon 2861 (3744) Hauptunterstützungsempfänger, Mecklenburg-Strelitz 545 (519) Arbeitsfahnde, davon 474 (472) Hauptunterstützungsempfänger, Lübeck 4700 (4626) Arbeitsfahnde, davon 2928 (2911) Hauptunterstützungsempfänger.

In der Landwirtschaft traten die erwarteten Entlassungen von Erntehelfern ein. Jedoch liegen bereits verdienensfähige Beobachtungen für die Haupterntezeit vor. Auch zum Dreien wurden Arbeitskräfte angefordert. Jüngere Burken und Mädchen fehlen stellenweise noch immer.

Die Lage in der Metallindustrie war unübersichtlich und verschlechterte sich in einigen Bezirken. In einer Waggonfabrik wurden 45 Arbeiter entlassen, unter denen sich 29 Tüchtler und 8 Stellmacher befanden. Auf einer Lübecker Werk fanden weitere Entlassungen statt. Außerdem meldete der Arbeitsnachweis Mecklenburg Entlassungen. Der Arbeitsnachweis Schwere zählte 13 Vermittlungen.

Im Berggewerbe war die Lage wenig einheitlich, befand sich aber doch in in einigen Bezirken, während in anderen

Ein Dollar-Angebot an Dr. Pelzer. Dem deutschen Weltmeister Dr. Pelzer hat eine amerikanische Filmgesellschaft nach seinem Sieg über Wibe und Kurmi ein Jahresentlohn bis zu 50 000 Dollar und außerdem ein Handgeld von 10 000 Dollar angeboten, wenn er für die Gesellschaft im Film tätig sein wollte. Dr. Pelzer hat abgelehnt.

Automobilunfälle in Berlin. In den frühen Morgenstunden des Montag fuhr in Berlin eine unbesetzte Kraftmaschine in den Landwehrkanal. Der Chauffeur zog sich dabei ziemlich starke Verletzungen zu, doch gelang es, ihn aus dem Wasser zu retten und ins Krankenhaus zu überführen. Den Wagen selbst holte die Feuerwehr unter großen Anstrengungen wieder heraus. — In der Budapester Straße, am Zoologischen Garten, fuhr am Montag mittag eine Motorabdrofche, um nicht mit einem Automobil zusammenzustößen, auf den Bürgersteig. Dabei wurden zwei junge Damen ungerissen und schwer verletzt. Die eine erlitt einen so schweren Schädelbruch, daß ihr Zustand sehr ernst ist.

Ausgehobenes Nachfolat. In der Nacht zum Montag gelang es der Berliner Kriminalpolizei, ein Nachfolat auszuhobeln. Kriminalbeamte, die sich auf einer Fahndungstreife befanden, wurden in der Friedrichstraße von einem Schlopper eines Nachfolats angeprochen. Der Schlopper versprach den Beamten hohe Genuße, selbstverständlich auch Nachtische, allerdings nur bei Seltzwang, aber die Nachtische bet „nur“ 20 RM. Die Beamten gingen auf das Angebot ein und ließen sich vom Schlopper durch einen Hausflur in die Räume des Nachbetriebs führen. Hier fanden sie 20 Gäste, zum Teil aus der Provinz, sowie einige zweifelhafte Damen, „Längerinnen“, die der Polizei recht gut bekannt sind. Die Gesellschaft war schon ziemlich angebetet, dennoch wurden die Beamten sofort erkannt. Der Keller vergrößerte auf das Kaffeehaus und verschwand. Stimmliche Personen wurden festgesetzt.

### Eine Räuberbande fördert die Radkultur

In der rumänisch-ungarischen Grenze treibt zurzeit eine Bande von Straßenträubern ihr Unwesen. Sie bildet der Schrecken der ganzen Gegend, so daß sich die Regierungen beider Länder bereits genötigt sahen, gemeinsame Maßnahmen zu erwägen, um diesen himmelschreienden Zuständen ein Ende zu machen. Erst an einem der letzten Tage wurde ein rumänischer Kaufmann mit seiner Begleitung das Opfer eines ebenso frechen wie originellen Überfalls. Der Kaufmann hatte drei bekannte Offiziere mit ihren Damen zu einer Automobilfahrt eingeladen und befand sich in unmittelbarer Nähe der Grenze, als plötzlich vier Räuber mit vorgehaltenen Pistolen aus dem Wald auf die Landstraße traten. Der Kaufmann machte einen Versuch, in schärfstem Tempo zu entkommen; aber an der nächsten Biegung schon mußte er die Unsichtbarkeit seines Vorhabens erkennen, denn dort war die Landstraße mit Baumstämmen völlig unpassierbar gemacht. Während die Herren versuchten, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, erschienen die vier Räuber schon wieder auf der Bildfläche und zwangen die Insassen des Autos unter Drohungen unmißverständlicher Art, ihre gesamten Wertgegenstände, Briefstaschen, Geldbeutel, Koffer und dergleichen abzuliefern. Nicht genug damit, mußten sich die Ueberfallenen außerdem noch ihrer Kleidung entledigen, und weder der entsetzte Aufschrei der Damen, noch die Bitten der Herren vermochten die Banditen von ihrem Verlangen abzubringen. Die Opfer dieser peinlichen Szene durften nicht einmal ein Hemd auf dem Leibe behalten. Dann stiegen die Räuber in das Automobil und empfahlen sich unter ironischen Höflichkeitsfloskeln. Man kann sich die Gesichter vorstellen, die die in paradiesischer Nachtzeit zurückgelassenen Touristen aufgefetzt haben mögen, als der Wagen in der Ferne verschwand. Nach kurzer Ueberlegung wurden sie sich darüber klar, daß es unmöglich sei, an dieser verlassenen Stelle auf einen glücklichen Zufall zu warten, der sie aus ihrer peinlichen Lage befreien konnte. Sie beschloßen, ungeachtet ihrer trostlosen Verfassung ihren Weg zu Fuß fortzusetzen. Doch wer beschreibe ihr Erstaunen, als sie eine halbe Stunde später einigen Wanderern begegneten, die ebenso nackt waren wie sie selbst? Sie empfanden nun wenigstens den süßen Trost im Unglück Genossen zu haben, und während sich die Damen schamhaft hinter den Büschen versteckten, traten die Herren nach erfolgter Vorstellung, die unter diesen Umständen rechtlich tomisch gewirkt haben muß, zu einem Kriegsrat zusammen. Man suchte sich durch höfliche Konversation und Beteuerungen der Solidarität über das Ungemüthliche dieses Zusammenstehens hinwegzusetzen und entschloß sich, gemeinsam den Weg zur nächsten menschlichen Behausung zurückzulegen. Die Wanderer hatten Glück im Unglück, denn sie fanden nach kurzem Marsch das von den Räubern verlassene Automobil, in dem sich die Gesellschaft, so gut es eben ging, niederließ. Die Damen kauerten sich auf den Fußboden im Wageninneren, um sich so allzu neugierigen Blicken zu entziehen. Kurz darauf fuhr das Automobil vor der nächsten Polizeistation vor, wo es recht erkannte Gesichter gab. Die Behörden erklärten, daß es sich um Schandtatener einer Räuberbande handelte, die von einem berühmten Verbrecher namens Nikolsch mit dem Beinamen „Goldräuber“ geführt wird. Obwohl ihm die tschechoslowakische Gendarmerie unaufhörlich auf den Spuren ist, hat er es bisher immer verstanden, sich allen Nachstellungen zu entziehen.

sich Angebot und Nachfrage ausgleichen. Mangel an Fachkräften trat nirgends auf.

Im Holzgewerbe ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück.

Der Arbeitsmarkt für männliche kaufmännische und Büreauangestellte war nach wie vor sehr ungünstig; weltliche Arbeitskräfte wurden mehrfach vermittelte.

Bei den ungelerten Arbeitern stieg die Zahl im allgemeinen etwas durch die Entlassungen in der Landwirtschaft. In den Dömitzer Sprengstoffwerken wurden 50 Mann entlassen. Mit Notstandsarbeiten sind 10,8 Prozent der Hauptunterstützungsempfänger beschäftigt.

Moorgarten. Großfeuer. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurden die Bewohner unseres Ortes durch das Feuerhorn jäh aus dem Schlafe geweckt. Es brannte das Haus des Arbeiters Brinkmann. Die Eheleute Brinkmann waren noch ziemlich spät aufgewesen. Als gegen 12 Uhr Brinkmann vor dem Zubettgehen noch einmal aus der Tür sah, bemerkte er Rauch. Es dauerte auch nicht mehr lange, da schlugen die Flammen aus dem Dache heraus. Das Mobiliar und das Vieh konnte gerettet werden. Das Haus mit den auf dem Boden liegenden Erntevorräten ging verloren. Es war ein großes Glück, daß die Eheleute noch wach waren, sonst hätte die Familie ein fürchtbares Unheil treffen können. Die Ursache des Feuers ist wohl in der Selbstentzündung des Heus zu suchen.

Moorgarten. Elektrisches Licht. Die Versorgung unseres Dorfes mit elektrischer Energie wird nun bald Wirklichkeit werden. Nachdem schon seit Wochen am Ortsneß und an den Innenanlagen gearbeitet wurde, ist jetzt auch der Wandel fertiggestellt. Die Siemens-Schneiderwerke begannen in dieser Woche mit der Hochspannungsanlage. Es ist zu hoffen, daß in Moorgarten endlich die Petroleumlampe in den Wirbel stellen und aus des wirklich nicht mehr neuen Kulturfortschrittes freuen können.

# Angrenzende Gebiete

## Provinz Lübeck

**Stadelsdorf.** Sitzung des Parteivorstandes und Ausschusses: Donnerstag, den 16. September, abends 8 Uhr bei D. Niederichsen. Erscheinen unbedingt erforderlich. Wichtige Tagesordnung

## Schleswig-Holstein

**Kiel.** Reichsauftrag an die Germania-Werft. Die Germania-Werft hat von der Reichsmarine den Auftrag auf Bau einer Turbinenanlage für einen neuen kleinen Kreuzer erhalten. Die Arbeiten sind bereits im Gange.

**Netersen.** Eine edle Seele ist offenbar eine Hausbesitzerin in der Deichstraße in Netersen, die vor einigen Tagen, um ihre unlieblichen Mieter loszuwerden, die Fenster und Türen sowie den Feuerherd der Mietwohnung zerstört hat. Zwei polizeiliche Strafmandate in Höhe von 100 RM. und 200 RM. beauftragte sie mit einem Gericht in den Netersener Nachrichten, worin es hieß, daß sie lieber ins Gefängnis wolle, als mit ihrem Mieter weiter zusammenzuleben und daß sie die Wohnung noch mehr einzuweihen wolle. Tatsächlich beschädigte sie am nächsten Tage in Abwesenheit der Mieter auch noch den Küchenschornstein dermaßen, daß kein Essen mehr gekocht werden kann. Die Bewohner der Räume haufen jetzt bei offenen Fenstern und Türen. Nachdem die polizeilichen Schritte erfolglos waren, ist jetzt bei der Staatsanwaltschaft Strafverfolgung wegen der Zerstörung ihres eigenen Wohngebäudes gestellt worden.

**Brunshüttenloog.** Ein schwieriger Floßtransport passierte den Nord-Ostsee-Kanal. Von Finnland kam im Tau eines Schleppers ein Floß über See, das aus langen Stämmen zusammengefügt war und eine Länge von 220 Metern, eine Breite von 10 Metern und eine Tiefe von etwa 5 Metern aufzuweisen hatte. Das entspricht einem Rauminhalt von etwa 11 000 Kubikmeter. Das Floß ging nach Amsterdam weiter.

## Mecklenburg

### Die neue Regierung schließt die Mieter

Das mecklenburgische Ministerium des Innern hat folgende Verordnung zur Verbesserung des Mieterrechtes erlassen: „Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1926 über Mietzinsbildung wird angeordnet: 1. Die gesetzliche Mietsumme beträgt vom 1. Oktober d. J. ab 101 Proz. der Friedensmiete, wozu 30 Proz. als Instandhaltungskosten zu rechnen sind. 2. Die gesetzliche Mietsumme für Räume, die ausschließlich für gewerbliche oder geschäftliche Zwecke benutzt werden, beträgt mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab 110 Proz. der Friedensmiete. Bei Streitigkeiten über die Frage, ob im Einzelfall ein Raum ausschließlich für gewerbliche oder geschäftliche Zwecke benutzt wird, sowie bei Streitigkeiten über die Höhe des auf die gewerblichen oder geschäftlichen Zwecken dienenden Räume entfallenden Teiles der Mietsumme, falls zugleich Wohnräume mitvermietet sind, entscheidet das Mieteinigungsamt. 3. Die bisher geltenden Zuschläge im Falle der Untervermietung fallen mit Wirkung vom 1. Oktober 1926 ab fort. (Diese betragen bisher 22 1/2 Proz. der Friedensmiete.) Die gesetzliche Mietsumme für Räume, die in Bade-, Kur- und

Erholungsorten an Bade-, Kur- und Erholungsgäste abvermietet werden, beträgt gleichfalls und zwar bereits mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab 101 Proz. der Friedensmiete (bisher 115 Proz.).“ — Durch diese Verordnung der neuen Regierung werden verchiedene Härten beseitigt, die von der Brandenstein-Regierung auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft verursacht worden waren.

## Filmchau

**Zentraltheater.** Die Italiener verstehen sich trefflich auf Reklame. Warum sollte das also Lucio Albertini nicht können? Da hat er sich ein eigenes Drehbuch schreiben lassen, „Der König und die kleinen Mädchen“. Schon die Wahl dieser Überschrift beweist keine besondere geistige Anstrengung. Albertini kann über Dächer und Treppen springen, durch Fenster schlüpfen und andere akrobatische Kunststücke mehr. Nur weiß man eben im Film nie genau, was echt und was Trick ist. In dem Stück treten Einbrecher und Totschläger auf. In der letzten Minute fällt Albertini so glücklich, daß er noch seinen Thron bestiegen kann. Furchtbar arm an Phantasie sind doch die Filmschreiber. Ein Königreich für einen neuen Gedanken! — Ein vorhergehender Reiz ist das zweite Stück „Trude die Sechszehnjährige“ ist Ladenmädchen und hat sich vorgenommen, recht hoch zu kommen. Sie trifft auf halbe Ehrenmänner, die die andere Hälfte ihrer Ehre für Geld veräußern und wird Gräfin. Man müßte den Verfasser dieses Textbuches seinen Anfinn hundertmal abschreiben lassen, damit er keine Zeit zu neuem Blödsinn fände. — Da ist noch die amerikanische Groteske zu loben, die wenigstens mit gewollter Berrücktheit Menschen und Dinge durcheinander wirft. — Die „Triannon-Woche“ bringt diesmal unter anderem einige sehr hübsche Aufnahmen vom Reichsbannertag in Nürnberg.

## Bezirkskonferenz der Rangierer, Weichenwärter und Stellwerksbeamten

Am Sonntag, dem 12. d. Mis. tagte in Hamburg im Gewerkschaftshaus die Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands für den Bezirk Altona für die Fachgruppen 3 und 5. Die Konferenz war von 40 Delegierten besucht. Als Vertreter des Vorstandes war der Kollege Betteh von Berlin anwesend, der auch das Referat über „Die Personalpolitik der Reichsbahn und deren Auswirkung auf die Fachgruppen 3 und 5“ übernommen hatte. Die Bezirksleitung war durch den Kollegen Kamps vertreten.

Neben den allgemeinen, die ganzen Beamtenangelegenheiten betreffenden Fragen wurden auch im besonderen die Laufbahnvorschriften für die Beamten des Weichen- und Stellwerksdienstes besprochen. Die Konferenz bemängelte die Verschärfung der Vorschriften und verlangte, daß Vorzüge getroffen werden möge, daß nicht den älteren Beamten die neuen Prüfungen auferlegt werden. Es würde als ein Versuch zu betrachten sein, die älteren Kollegen überhaupt vom Dienst abdrängen. Ferner nahm die Konferenz Stellung gegen die rückwärtslose Wagnahme der Hauptverwaltung bzgl. der Unkündbarkeit der Reichsbahnbeamten.

Zu der Vermehrung der Unfälle im Rangierbetriebe wurde ebenfalls Stellung genommen. Diese Vermehrung der Unfälle ist in der Hauptsache auf die Außerachtlassung der Dienstvorschriften zurückzuführen. Die Verwaltung verlangt zwar offiziell von den Beamten, daß die Dienstvorschriften beachtet werden. Wenn dieselben aber tatsächlich beachtet werden, so wird den betr. Beamten zur Last gelegt, daß sie die schnellere Abwicklung des Rangierdienstes verhindern, und sie werden der Unfähigkeit oder Böswilligkeit beschuldigt, und solchen droht bekanntlich der Abbau. Kommt ein Unfall vor, dann wird in allen Fällen versucht, den betreffenden Beamten die Schuld zuzuschreiben, und wenn es nur möglich ist, der gesetzlichen Strafe zuzuführen. Die Beamten stehen also ständig in einer doppelten Gefahr.

Es ist notwendig, die Öffentlichkeit auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen. Aber es ist auch notwendig, daß wenn die Beamten der Gefahr einer schweren gesetzlichen Bestrafung entgehen wollen, sie sich von den Verwaltungsbeamten nicht dazu verleiten lassen, die Dienstvorschriften zu überschreiten. Eine diesbezügliche Anweisung der Direktion verlangt ausdrücklich die Innehaltung der Dienstvorschriften.

Als Bezirksobmänner für die Fachgruppe 3 wurden der Kollege Junge, als Stellvertreter der Kollege Schilling, und für die Fachgruppe 5 der Kollege Wulf und als Stellvertreter der Kollege Schliebenow wiedergewählt.

Im Schlußwort des Kollegen Kamps wies dieser besonders auf die Pflege der Beamtenangelegenheiten in den Fachgruppen hin und richtete die Aufforderung an die Teilnehmer, bei der Wahl ihrer Beamtenträte im Bewußtsein ihrer Pflicht eifrig tätig zu sein.

## Der Butab

Der fünfte ordentliche Bundestag des Bundes der Technischen Angestellten und Beamten (Butab) wurde am Sonntag im Berliner Lehrervereinshaus eröffnet.

Auf dem Bundestag sind 150 Delegierte anwesend. Im Anschluß an den Geschäftsbericht beauftragte Schwickler eingehend das Problem der

### Arbeitslosigkeit der technischen Angestellten:

Ende Juli 41 210 stellungslöse Techniker bei den Arbeitsnachweiser gegen 20 314 im Dezember vorigen Jahres. Rund 50 Prozent der arbeitslosen Techniker sind über 40 Jahre alt. Keine Aussicht auf Besserung der Arbeitsmöglichkeit der Techniker! Im Gegenteil, es muß mit weiterem Personalabbau gerechnet werden. Trotzdem ein ungeheurer Andrang zu den technischen Bureaus berufen. Die Besucherzahl der technischen Lehranstalten ist doppelt so groß wie in der Vorjahrszeit. Durch Selbsthilfe hat der Bund in diesem Jahre 480 000 Mark an Stellenunterstützung und 555 000 Mark an Unterstufungen überhaupt gegeben.

Nach einer kurzen Aussprache über Schweigers Referat wurden zwei Entschlüsse angenommen, deren einer gegen die arbeitsrechtliche Schlechterstellung der Techniker (vor allem im Vergleich zu den Handlungsgehilfen) protestiert und deren andere Einbeziehung der Angestellten in die Arbeitslosenversicherung. Durchführung der vom Unterausschuß des 9. Reichstagsausschusses beschlossenen Leitfäden zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung sowie Klärung der Zeit der Stellenlosigkeit auf die Beitragszeit in der Sozialversicherung verlangt.

Das Erfinderrecht der technischen Angestellten und Beamten wurde vom Vorstandsmittglied Dr. Fritz Pitzmann in würdevoller Weise beleuchtet. Das deutsche Erfinderrecht ist recht förmlich nach Reform. Die U.G. wagt es z. B. ihren Technikern einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, worin sich die Firma alle Rechte an Erfindungen, die in ihrem Betrieb gemacht werden, vorbehält. Pitzmanns Referat mündete in einer einstimmig angenommenen Entschlüsse, die eine gesetzliche Regelung des Erfinderrechts fordert, und zwar auf der Grundlage des vom Bundesvorstand ausgearbeiteten Arbeitsvertragsgeheimnisses.

Am Montag besprach zunächst Gramann-Berlin vom Vorstand die Aufstellung des Haushaltsplanes für 1927. Im Auftrag des Bundesvorstandes schlug er eine Erhöhung der Beiträge in jeder Beitragsklasse um eine Mark pro Monat vor. Hier sprach Prof. Dr. Erdel-Mannheim über

### „Die Krise des Tarifgebaltens und des Schlichtungswekens“

Im Gegensatz zu Körpel, der eine Krise der Tarifrechte bestritt, betont Erdel, daß diese Krise vor allem in der Frage des Zustandkommens der Tarifverträge besteht. Die Unternehmer stemmen sich grundsätzlich gegen den Abschluß von Tarifverträgen, und ebenso führten sie bestehende Tarifverträge nicht durch. Wenn Zwangsstarke abgeschlossen seien, dann ergäbe sich den Unternehmernverbänden an ihre Mitglieder die Meinung, sich an die Zwangsstarke nicht zu halten. Infolge der wirtschaftlichen Depressions könnten Arbeiter und Angestellte es nicht wagen, gegen diese Verletzung der Gesetze im Klagenweg vorzugehen. Professor Erdel zeigte an Hand vieler Beispiele, mit welchen juristischen Spitzfindigkeiten die Unternehmer sich den tarifvertraglichen Bestimmungen zu entziehen versuchen. Er fordert deshalb baldige



Ohne Gewerkschaften: Kinderausbeutung und Zerstörung der Familie.



Durch die Gewerkschaften: Gesunde Arbeiterjugend.

## Das Roppel

Von Carl Mertens

Hans war Primaner. Jung und blond, gesund, wie es die Knaben der Reichen sind. Aufrecht, die Hände in den Rocktaschen gesteckt, den braungebannnten Schädel schief nach vorn gedrückt, stampfte seine kantige Figur über den Asphalt des Westens. Quer durch den Leib schnitt hart, glänzend ein Lederriemen mit Goldschnalle: Krone und „Kaiser“. Niemand wunderte sich darüber... viele lachten aufmunternd... viele verächtlich. Einer sprach mit ihm darüber. Ein Grauhaariger, mit dem guten Gesicht des Miers, dem sympathischen Lächeln des Bestfens. „Warum tragen Sie das, junger Herr?“ Der junge reckte sich, stieß fauchend die Luft durch die Zähne, wurde rot als er den Alten sah. Wär's ein anderer gewesen, er hätte ihm die Faust unter die Nase geschlagen, aber so — m — Das Ungewohnte machte ihn flattern. „Ich... nun, weil... ich sie nicht mag, diese Neuen, die die Tradition vergaßen... und nicht mehr für den Kaiser ins Feld ziehen wollten.“ Er ärgerte sich über seine Worte, mußte, daß es Phrasen waren, aber er fand keine bessere Antwort. Ueber die Straße kamen zwei Burshen. Sie lachten, mitterten Krach. „Du Knecht!“ spuckte der eine und wollte das Koppel fassen. Da war der Alte vergessen. Hart flog es da in die Augen des Primaners. Vös kniff er die Lippen zusammen. Noch sprang die Faust. Sie rauffen. Ein Grüner trennte sie. Wenige Schritte weiter stand der Alte und wartete. Hans lief an ihm vorbei, mit heißem Kopf, herrlichen Kopf. leahend lachte er: „Jetzt haben Sie's gesehen! Warum ich's trage... Weil dem Böbel der Mut steigt, wenn sie mich Jungen sehen, der sich seiner Gefinnung nicht schämt... Und weil ich ihnen quittieren kann!“ Dann war er um die Ecke, vorbei an dem müden Fremden, Hof, kantig, jung. Tage vergingen. Sie trafen sich wieder.

Hans wollte grüßend vorbei. Der Alte hielt ihn. „Ich will nichts wissen, Junge, nur eins — auch ich hatte zwei solche, wie Du. Der eine in Flandern. Eine Granate riß ihn in Stücke, in nichts. Wo die Wagen über die Landstraße larren, poltern ihre Räder vielleicht über mein Kind. Wo die flandernischen Bauern pflügen, zerhacken sie den Stahl vielleicht gegen aus dem Leibe meines Jungen. Wo Fremde die Schlächtfelder bewundern, atmen sie sein Blut, das in der Erde kühlt. Und der Andere... Dieß herum, wie Du — noch bis ins letzte Jahr, dann prügelten sie sich — nun ist er auch nicht mehr. Es ist nicht wegen der Jungen, sie tatens gerne, waren stolz auf ihre Art. Aber der Aelteste hatte ein Mädel, beide hatten Eltern, die alt geworden sind, lange vor der Zeit... Hans hatte zugehört. Am seine Kehle froch das Mitleid mit dem Vater, dann dachte er an zu Hause. „So hab' ich's nie gehört. So nicht...“ der Lehrer sprach immer nur von Siegen, Helden und — Er konnte nicht mehr, war zu feige, sich schwach zu zeigen, langsam, leise ging er. Das kalte Klappern seiner Schuhe tat ihm wehe.

Am nächsten Tage trafen sie sich wieder. An derselben Stelle. Hans war ohne Koppel. Der Alte lachte dankbar. Und die Augen des Jungen glänzten — froh und hart.

## Fort mit den Automobil-Rennen!

Die Firma Adam Opel, die durch ihre Serienproduktion zuerst in Deutschland der Umstellung der Automobilfabrikation Bahn brach, macht in riesigen Inzeraten bekannt, daß sie sich an Rennveranstaltungen nicht mehr beteiligen wird. Sie begründet diesen ebenso vernünftigen wie notwendigen Schritt mit einer Darstellung, die tatsächlich den Nagel auf den Kopf trifft. „Der Automobilsport hat heute keinen Sinn und Zweck verloren.“ heißt es da. Weder die technische Entwicklung der Kraftfahrzeuge, noch die Erziehung der Fahrer, noch die allgemeine Propaganda des Kraftfahrzeugens könnten dafür mehr ins Feld geführt werden. „Renn- und Sportwagen und Gebrauchswagen sind heute Gegensätze, die sich nicht mehr vereinigen lassen.“ Endlich wird diese Erkenntnis offen von einem Riesenwerk ausgeprochen. Mit den künstlichen Spitzenleistungen der Rennwagen im

im normalen Verkehr gar nichts anzufangen. Was die Erziehung der Fahrer anlangt, so erklärt Opel mit Recht: „Es wäre um die Sache des Automobils schlimm bestellt, wenn die Beherrschung des Kraftwagens nur über den Weg des Rennsportes zu erlangen wäre.“ Hart aber treffend wird endlich der Propagandawert der Rennen gleich Null bezeichnet, da die Besucher nur durch den Nerventheil der Gefahr angezogen werden. Dem Automobil als Gebrauchsfahrzeug, dessen Durchsetzung für die deutsche Volkswirtschaft eine Lebensfrage bedeutet, werde das Publikum durch Rennen geradezu entfremdet. Opel heßt die ganz andere Tätigkeit der amerikanischen Automobilclubs hervor, die wirklich dem Automobil als täglich unentbehrlichem Gebrauchsfahrzeug alle Wege geebnet und die Rennen als Aristokratie auf Bahnen verwiesen haben. Die Automobilrennen in Deutschland werden als reiner Luxus bezeichnet, für den die Fabriken Hunderttausende ausgeben müssen, die der praktischen Arbeit verloren sind. Schließlich befürwortet Opel eine jährliche Zuverlässigkeitsfahrt unter den normalen Bedingungen des täglichen Automobilgebrauchs und schließlich mit der Erklärung, daß dann die zahllosen Sportkommissariate und kostspieligen Repräsentationsauschüsse, an deren Bestand der Großteil der Automobilfahrer kein Interesse hat, überflüssig werden.

Hier haben wir den Fall, wo das Profitinteresse eines kapitalistischen Unternehmertums mit dem langst fälligen Fortschritt zugunsten der Allgemeinheit zusammenfällt. Ueber Motive wird nicht abgefragt; die Firma Opel hat sich mit dieser Tat an die Spitze einer sehr begrüßenswerten Bewegung gestellt, der sich hoffentlich recht bald alle anderen deutschen Automobilproduzenten anschließen. Der Popularisierung des Kraftwagens steht bei uns außer seiner Unerreichbarkeit für den weitaus größten Teil des Volkes immer noch die weitverbreitete Ansicht entgegen, daß ein Auto der inobitische Luxus eines Millionärs oder Hochstaplers sei. Mit diesem veralteten, aber fest eingewurzelteten A sin kann sehr energisch auferäumt werden, wenn das Vorgehen der Firma Opel zu einem Auslöser des Rennunfalls führt. Der deutsche Gebrauchswagen, den auch breite Schichten kaufen und unterhalten können, ist aber nur dann zu schaffen, wenn neben der vernünftigen Steuerregelung, der ganz radikalen Preisfestsetzung des Fahrzeuges und seines Bedarfs, wie auch der Verringerung der Zahl und der Degradierung des Preises der Wagen auch endlich die über 100 Typen sich auf wenige Gebrauchswagen für die Hauptzwecke des Verkehrs und Transports zurückführen lassen. Vieles ist um die Firma Opel auch hier einmal die Initiative energischer auf, als das bisher in den Normen-Ausschüssen und Konzentrationserhandlungen möglich war. Die wahllose Produktion von Serien- und Markenwagen in der weit größere Hemmschub für den Siegeszug des

Schaffung der Arbeitsgerichte auf der Grundlage des Regierungsentwurfs, aber unter starker Sicherung der Unabhängigkeit dieser Gerichte. Auch sei zu überlegen, ob nicht in das neue Arbeitsgerichtsrecht eine Bestimmung zur Aktiolegitimierung der Verbände aufgenommen sei, damit sie die Rechte ihrer Mitglieder aus den Tarifverträgen vor Gericht vertreten könnten.

Eine im Sinne der Erdbischen Ausführungen gehaltene einstimmig angenommene Entschließung verlangt vom Reichsarbeitsminister energische Bekämpfung der Versuche der Unternehmer, die Unabhängigkeit der Tarifverträge praktisch aufzuheben und schließt nach einem Hinweis darauf, daß sich bei dem Ausbau des Tarifvertrags- und Schlichtungswesens nicht nur um eine Rechts-, sondern vor allem um eine Machtfrage handele, mit der Aufforderung zur Stärkung der Organisation durch den Beitritt der noch unorganisierten technischen Angestellten.



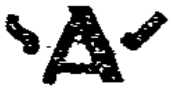
### Partei-Nachrichten

#### Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Secretariat Johannisstr. 48 I. Telefon 248  
Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-6 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen

**Vorstand und Ausschuss (einschließlich Bezirksführer) Donnerstag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.**

**7. und 7a. Distrikt. Freitag, den 17. September, abends 7 1/2 Uhr bei Dehrow, Schützenstraße: Versammlung. Vortrag des Genossen Weig.**



### Sozialistische Arbeiter-Jugend

Bureau: Johannisstraße 48 II  
Sprechstunden: Montag und Donnerstag von 7-7 1/2 Uhr

**Abteilung Stadt. Donnerstag abends 8 Uhr: Wichtige Ausschussführung zum Elternabend im Gewerkschaftshaus.**

**Abteilung Stadt. Mittwoch, den 15. September beteiligen wir uns alle an der Jugendbildungs- und Erziehung um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 22. September Fortsetzung der Monatsversammlung um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Erscheint alle. Unser Heim bleibt bis zum 25. d. Mts. geschlossen. Die Wanderversammlung bitte ich, die Wanderungen für diese zwei Wochentage ausfallen zu lassen.**

**Abteilung Maeli. Abends heute abend Punkt 1/2 8 Uhr: Jugendbildung im Gewerkschaftshaus. Erscheint alle zahlreich.**

**Abteilung Stadt. Die Wanderversammlung fällt heute abend aus. Wir beteiligen uns an der Jugendversammlung im Gewerkschaftshaus.**

**Wochenblatt. Heute, Mittwoch, fällt unser Heimabend aus. Der Vortrag des Genossen Lehner, Moorgraben, ist auf Mittwoch nächster Woche verlegt. Wir beteiligen uns an der Jugendbildungs- und Erziehung um 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Wir treffen uns um 8 1/2 Uhr an der Endstation. Alles muß erscheinen!**

Kühn. Unser Jugendabend ist nicht mehr Freitags, sondern Mittwoch. — Mittwoch, den 15. September, 7 1/2 Uhr, Theaterklub über.

### Sterbetafel des Sozialdemokratischen Vereins

7. Distrikt. Der Genosse Paul Kiehmann ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Beerdigung Donnerstag nachm. 2 Uhr, Vorwerk Friedhof.

### Gewerkschaftliche Mitteilungen

**Jugendbühne.** Alle gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen, die Mitglied der Jugendbühne werden wollen, melden sich bei ihrem Jugendleiter oder im Sekretariat des ADG, Johannisstraße 48, part.

**Zentralverband der Böttcher und Hilfsarbeiter.** Die 12. Sitzung am Mittwoch, dem 15. September, jetztige Versammlung findet erst am Mittwoch, dem 22. September, statt. Wir bitten alle Kollegen zu erscheinen.

**Hilfsarbeiter-Jugend.** Am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Gewerkschaftliche Jugendbildung. Keiner darf fehlen. Werbt fleißig für den Verband. Bringt eure uns noch fernstehenden Lehrkollegen mit. Auch eure Eltern sind eingeladen. Unser Kollege Max Drobisch, Hamburg, hält die Ansprache.

**J.d.A.-Jugend.** Donnerstag, den 16. September, Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus.

**Graphischer Hilfsarbeiter-Verband, Zahlstelle Lübeck.** Morgen Donnerstag 8 Uhr bei Lender, Hundest. 41, öffentliche Versammlung des im Buch-, Stein-, Offset-, Licht- und Zeitungsdruck beschäftigten Hilfspersonals.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Stadtheater.** Die Jubiläum zeigt auf ihre Einladung zu den 12 Kammerpielen nochmals hin, zu der Einzelschaltung jeder Zeit entgegenkommen werden. — Die nächste Wiederholung von der Operette „Der Dirlaw“ findet am Freitag, dem 17. d. Mts., der Operette „Paganini“ am Sonntag, dem 19. d. Mts., statt. — Sonntag nachmittag geht zu Schauspielereisen Jöhns „Beer Gynst“, Musik von Eduard Grieg, in Szene.

**Arbeiter-Aktionenbund, Ortsgruppe Lübeck.** Vorführung Fr. Baklins, Lübeck-Krempele, auf der Reise 15. — Unsere auf den 17. September festgesetzte Mitgliederversammlung fällt wegen der Gewerkschafts-Werbewoche aus. Sonntag, den 19. September: Familien-Ausflug. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr, Straßenbahnhaltestelle Marti-Schwartz. Vollständige Beteiligung notwendig.

### Arbeiter-Sport

Alle Anzeigen für diese Rubrik sind an den Sportigen Max Cornehl, Gr. Gröpelgrube 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

**Freier Wassersportverein Lübeck.** Technische Sitzung, Donnerstag, den 16. Sept., abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim.

**Arbeiter-Radsportverein „Solidarität“, Ortsgruppe Jadenburg.** Am Mittwoch, dem 15. September, abends 8 Uhr ist die Mitgliederversammlung bei D. Niederichsen. Tagesordnung wichtig, u. a. Vorstandswahl.

### Geschäftliches

In Zeiten wirtschaftlicher Notlage ist der häusliche Umgang mit vorhandenen Vorräten nicht in das Ermessen der Einzelperson gelegt, sondern ein Allgemeinbedürfnis geworden. Die Lebenshaltung ist teuer, namentlich was Kleidung und Nahrung anbelangt. Gerade letztere kann nur durch sorgfältige Behandlung vor frühzeitigem Verschleiß und Unannehmlichkeiten bewahrt werden. Befriedigend leistet die Wäsche beim Waschen am meisten, da Reibarbeit und mit zerkleinernden Bestandteilen durchmischte Reibmittel zerkleinernd auf das Gewebe wirken. Die fürsorgende Hausfrau kennt keinen Reibtag, ohne dem Seifenpulver, den ihr Dr. Thompsons Seifenpulver mit dem Schwan, nach dem Gutachten zahlreicher namhafter Chemiker frei von schädlichen Stoffen, in vollendetem Maße gewährt.

### Lübecker Marktberichte

Bauernbutter per Pfd. 1.90, Meiereibutter per Pfd. 2.10, Enten, Stück, 4.50—6.00, Hühner, Stück 2.00—3.50, Küten, Stück 1.20—2.00, Tauben, Stück 0.80—1.00, Schinken, Pfd. 2.00, Wurst, geräucherter, Pfd. 2.00—2.80, Eier, Stück 0.15, Kartoffeln, neue, Pfd. 0.06—0.08, Wurzeln, Bund u. Pfd. 0.10, Weizkohl, Kopf 0.06, Rotkohl, Kopf 0.12, Wirtskohl, Kopf 0.10, Blumentohl, Kopf 0.10—0.20, Rosenkohl, Pfd. 0.30, Stedrüben 0.06, Teltower Kürbchen 0.20. Lebende Säugetiere: Karpfen, größere, Pfd. 1.50, Karpfen, kleinere, Pfd. 1.80, Kal, große, Pfd. 1.60—2.00, Kal, mittel, Pfd. 1.20—1.40, Kal, kleine, Pfd. 0.60—1.00, Hechte, mittel, Pfd. 1.00—1.20, Hechte, große, Pfd. 1.00—1.20, Barche, Pfd. 0.40—0.80, Brachsen, große, Pfd. 1.20, Aal, Pfd. 0.40—0.50, Rotaugen, große, Pfd. 0.40, Rotaugen, kleine, Pfd. 0.20. Salzwasserfische: Dorsche, runde, Pfd. 0.35—0.40, Butt, größere, Pfd. 0.60—0.65, Butt, kleinere, Pfd. 0.40—0.50, Steinbutt, lebende (Nordsee) Pfd. 2.25.

### Wetterbericht der Deutschen Seemarle

Schnell ist der gestern abend weithin Nordostland gelegene Nebel abwärts gewandert und hat sich dem über Nord- und Ostsee verwehrenden Systemen angeliegt. Auf seiner Rückseite lagern Nebelwolken vor. Die heute Morgen über Lübeck herüberziehende Regenfront hat nun fast ganz Lübeck erreicht. Die Regenfälle sind in Folge der nachfolgenden eines Keiles des über Mittel- und Ostsee verwehrenden Systems sehr, was im Küstengebiet frische bis heiße Winde zur Folge hatte. Seit ist eine Beruhigung bereits wieder eingetreten, da das nachfolgende System sich weiter ostwärts verlagert hat. Nur vorübergehend wird die Beruhigung sein, da vom atlantischen Ozean her ein neuer Ausläufer sich ostwärts vorwärts und über Nord-England zu erkennen ist. Beruhigung für den 15. und 16. September.

Ganze Küste. Mäßige heiße Winde aus Südwest bis Nordwest, meist feind bewölkt, Regenschauer.

### Schiffsnachrichten

**Über Linie Aktiengesellschaft**  
Dampfer „Riga“ ist am 13. September nachmittags 5 Uhr in Teiklaran angekommen.  
Dampfer „Sant Lorenz“ ist am 14. September, 4 Uhr morgens von Lübeck nach Reinfahrwasser abgegangen.

**Angelommene Schiffe**  
14. September  
D. Galland, Kap. Holmen, von Rio, 23 Tg., 13 Ball. — D. Werner Kuntmann, Kap. Madusch, von Geden, 2 Tg. — D. Berlin, Kap. Schöple, von Neustadt, 3 Tg. — D. St. Jürgen, Kap. Mayer, von Riga, 3 Tg. — D. Sedina, Kap. Schumann, von Riga, 3 Tg.

15. September  
D. Astania, Kap. Hege, von Kolbing, 1 Tg. — D. Swanen, Kap. Stenfeld, von Rostock, 15 Tg., 38 Ball. — D. Ulla Salu, Kap. Borgwardt, von Odense, 1 Tg. — M. Helene, Kap. Büsche, von Burgfaken, 1 Tg. — M. Otto, Kap. Will, von Rostock, 1 Tg. — D. Ralfund, Kap. Warning, von Aarhus, 2 Tg.

**Abgegangene Schiffe**  
14. September  
S. Noa, Kap. Reber, nach Oskarshamn, Steinlitz. — M. Ingeborg, Kap. Tranitz, nach Burgfaken, Kopenhagen. — D. Lander, Kap. Kruse, nach Hørsens, Leer. — M. Elze, Kap. Jørgensen, nach Hørsens, Schamotte. — M. Fremad, Kap. Ledewitz, nach Mascherland, Briftes.

15. September  
D. St. Jürgen, Kap. Mayer, nach Riga, Stückg., Kopenhagen, Gips. — M. Diamant II, Kap. Schmidt, nach Rostock, Leer.

**Lübeck-Wyburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft**  
Dampfer „Bürgermeister Eshenborg“ ist am 14. September 8 Uhr morgens in Riga (Lithland) angekommen.



**Purpur**  
Hundst-Prgr. Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel  
Hamburg Welle 392. — Bremen Welle 297. — Hannover Welle 297. — Kiel Welle 233. Wochentags: 12.15: Barle. 0 12.30—2: Romert. 0 12.55: Ravens. Wochentags: 0 1.10: Schiffahrt. 0 2: Wetter. 0 2.05: Konzert der Bremer Norag. 0 2.45: Barle. 0 3.35: Zeit. 0 3.40: Barle. 0 3.50: Schiffahrt. 0 5.35: Luftverkehr. 0 7.55: Wetterfunt. 0 10: Wetter, Sport.

**Donnerstag, 16. Sept. 4.15: Hannover für Hannover, Hamburg, Kiel: Im Dreiviertelst. Kammerorch. der Norag. Strauß: Herbstfroh. — Gungl: Zephyrlüfte. — Fall: Kind, du kannst tanzen a. „Die geschickte Frau“. — Lehar: Fürstentum, Balzer. 0 4.15: Bremen (nur Bremen): Ein Lieb von Leib und Freud. Mitm.: Wally Birkenfeld u. Stadth.: Kammerorch. der Norag: Flügel: R. Krug. Sibelius: Romant. Op. 24, Nr. 9. — Rubinstein: Der Asra. — Kahn: Ein Odaad gegen Sturm. — Schubert: Des Baches Wiegenlied. — Rastigade: Idylle passionelle. — Hoffmann: Spielmannslied. — Zeller: Wie mein Ahnl, aus „Vogelhän“ler“. — Stol: Du sollst der Kaiser meiner Seele sein. 0 5: Hamburg (alle Noragender): Mendelssohn. Rondo capriccioso für Klavier. — Duette für Sopran und Bariton. Solisten: Eva Schies, Kurt Roded. — Trio D-Moll. 0 6.15: Hamburg (für Hamburg und Kiel): Kunterbung spricht zu den Kindern. 0 6.30: Hannover, Bremen: Kunterbung spricht zu den Kindern. 0 7: Hamburg (alle Noragender): Bilder aus der deutschen Theatergeschichte. Vortrag. Dr. Gerdes. Das Wiener Volksdrama. 0 7.20: Hamburg (alle Noragender): Wie wird vom Geriat festgestellt, ob jemand geisteskrank ist oder nicht? Prof. Dr. Schäfer. 0 7.40: Hamburg (nur Hamb.): Wanderlust. Herbstwanderungen: Der Schienenwald. Von Ernst Krameln. 0 7.40: Bremen (nur Bremen): Wanderlust. Von Ehlers. 0 8: Hamburg (alle Noragender): Simonie-Konzert. Gastdirigent: Generalmusikdir. Eibenschütz. Solist: Ed. Schmid. Brahms: Tragische Du. Klavierkonzert D-moll. — Tschaikowsky: Sinfonie (Pathepathe). 0 10: Konzert aus dem Cafe Continental Hannover.**

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. J. Leber.  
Für Freiheit Lübeck und Heiligkeit: i. B. Dr. Fritz Salmitz  
Für Integrität: Carl Luchardt. Verleger: Carl Luchardt.  
Druck: Friedr. Meyer u. Co. sämtlich in Lübeck.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

**Dr. Thompson's**  
will ich auch Ihnen verraten: Kochen Sie Ihre Wäsche mit einem Paket Dr. Thompson's Seifenpulver u. einem Paket Seifix — weiter nichts!

für 45<sup>h</sup> wird Ihre Wäsche blendend weiß und — was ebenso wichtig ist — sie wird gesichert!

Für Blutarme, für alle die geistig arbeiten und für jeden, der einer Kräftigung bedarf:  
zum Frühstück

# Knorr Haferflocken

Leicht quellend, Milchig-süß, Vitamine.

**Leit Bücher**  
Wissen und Macht

**Kind-Verfahren**  
weiß, mit Güter, von 14.— bis 65.—  
**Große Verfahrn**  
von 11.75 bis 75.—  
**Gebrüder Heit**  
Hinterstraße 11, 112  
1. Etage, kein Laden  
h. d. Hofstraße (1704)

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Lübeck

**Jugendgruppe**  
Die Kollegen, die an der Jahr nach Sommer teilnehmen, haben ihren Beitrag zum Festgeld bis spätestens Freitagabend am 15. September im Exerz oder beim Sekretariat zu zahlen. Die Jugendleiter

**Bubifopfschneiden**  
elegant und sauber im Damen-Frisier-Salon  
Friedrich Bininda, Engelstraße 52

**Umpressen**  
von Damen- und Herren-Hüten  
Kochene Formen — Saubere Arbeit  
**Richard Mevius**  
60 Fleischerstraße 60

**Luzenlust**  
Sonnabend, d. 18. Sept.  
**Große Ball**  
vom Bandoneon-Klub  
Anfang 8 Uhr. (1744) Eintritt frei

**Adlershorst**  
Morgen Donnerstag: (1700)  
**Tanzkränzchen**

**Graphischer Hilfsarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Lübeck

Am Donnerstag, dem 16. September, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Lender, Hundest. 41, eine öffentliche  
**Werbe-Versammlung**  
aller im Buchdruck, Steindruck, Offsetdruck, Rastdruck, Zeitungsdruck beschäftigten Hilfs-personale statt.  
Tagesordnung: Die Gewerkschaften als Kulturförderer. Kollege Sellge-Hamburg  
Um regen Besuch bitten der Vorstand

Heute Der beliebte heitere Heute  
**Familienabend**  
**FLEDERMAUS**  
Abschiedsvorstellung des ersthaltigen September-Spielplans  
Die unerreichte Tanz-Sport-Kapelle  
Luftschlangenschlacht  
Eintritt 50% — Kleine Preise  
Bier, Kaffee, Wein, sowie sämtliche Getränke werden auf allen Plätzen verabfolgt. (1714)  
**Morgen Premiere**

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Lübeck

**Heizungsmonteuere und Helfer**  
Urabstimmung über das Reichsarbeitsabkommen am Sonnabend, dem 18. September, abends von 7 bis 9 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Wahlansweise sind im Wahllokale zu haben. Verbandsbücher sind mitzubringen.  
1723 Die Ortsverwaltung.

**Stadttheater Lübeck**

**Einladung**  
zu einem Kammerpiel- und Uraufführungsabonnement auf 12 Vorstellungen  
Kassenpreise Mk. 1.— bis Mk. 4.—  
Hierauf für Abonnenten rund 40% Preisermäßigung Bedingungen und Spielplan sind in der Theaterkassenzelle und in den Buchhandlungen zu haben.  
**Gutschein-Abonnement**  
20 und 40 Vorstellungen mit 30% und 40% Preisermäßigung (1701)  
**Freie Wahl der Stücke und Tage**  
Anmeldungen in der Theaterkassenzelle

**Deutscher Verkehrsband**  
Ortsverwaltung Lübeck

**Bersammlung**  
der (1727)

**Kraftfahrer**  
am Donnerstag, dem 16. ds. Mts., abends 8 Uhr  
im Gewerkschaftshaus  
Tages-Ordnung:  
Innere Verbandsangelegenheiten  
Die Ortsverwaltung.

**Verein der Musikfreunde**  
Heute  
1. volkstüm. Konzert  
im Kolosseum  
abends 8 Uhr  
Dirigent R. Borwka  
Im Programm Werke von Haydn, Mozart, Bizet, Strauß

Unnumm. Plätze 80<sup>h</sup> nummerierte 1.20  
Verkauf der Karten bei Ernst Robert, Breite Straße, u. an der Abendkasse. (1697)

**Stadttheater Lübeck**  
Mittwoch, 8 Uhr:  
Alt-Heidelberg  
Donnerstag, 8 Uhr:  
Curjantke (1733)  
Freitag, 8 Uhr:  
Der Orlow  
Sonnabend, 8 Uhr:  
Der Trambauer



## Gewerkschaftliche Werbewoche

(Zur internationalen Agitationswoche vom 13. bis 19. September)

Nun tretet an, ihr tatgewohnten Streiter,  
Und weihet die eine Woche dem Verband!  
Seid dem Verband berebte Wegbereiter,  
Mehrt seine Kämpferschar im ganzen Land!  
Geht in die Heime, geht in die Betriebe,  
Geht überall, wo der Enterbte schafft,

und kündet ihm:

Verband ist Macht! Verband ist Kraft!  
Verband ist Opfersinn und Liebe!  
Verband ist Schutz! Verband ist Trutz!  
Verband ist Einigkeit im Ziel!  
Verband ist Trumpf im Kräftepiel!  
Verband ist Hilfe in der Not!  
Verband ist Lohn! Verband ist Brot!  
Verband ist freies Menschentum —  
der Arbeit Evangelium!

Dem Trutz der Habsucht wollen wir beweisen,  
Dass er uns nie und nimmer niederzwingt,  
Dass es ihm nie gelingt, uns einzukreisen,  
Wenn auch die Not uns an die Kehle springt.  
Wir heben aus den dunklen Elendsgrotten  
Den letzten Paria ins blanke Licht

und künden ihm:

Wer will, dass seine Kette bricht,  
Muß seinen Knechtsinn erst entgotten —  
Muß im Gesecht für Brot und Recht  
Nicht hinten, sondern vorne sein —  
Muß ungeduckt im Borne sein,  
Stürzt ihn sein Feind, das Kapital,  
In stumpfe Not, in dumpfe Dual,  
Denn einig wie das Kapital  
Muß auch die Arbeit sein!

Drum säume nicht, für den Verband zu werben,  
Sei Pionier in diesem Weltgesecht,  
Dann wirft auch du den größten Schatz vererben  
Dem kommenden, dem siegenden Gesecht!  
Geht in die Heime, geht in die Betriebe,  
Geht überall, wo der Verzagte schafft,

und künde ihm:

Verband ist Macht! Verband ist Kraft!  
Verband ist Opfersinn und Liebe!  
Verband ist Schutz! Verband ist Trutz!  
Verband ist Einigkeit im Ziel!  
Verband ist Trumpf im Kräftepiel!  
Verband ist Hilfe in der Not!  
Verband ist Lohn! Verband ist Brot!  
Verband ist freies Menschentum —  
der Arbeit Evangelium!

Editor  
Kallmowski

### Die Werbewoche der Gewerkschaften

Von Alfred Dreger

In der Woche vom 13. bis 19. September bemühen sich die Gewerkschaften der ganzen Welt, die noch abseitsstehenden Arbeitnehmer ihren Reihen einzugliedern. Von Südafrika bis zum Polarkreis feiern die gewerkschaftlich organisierten Hand- und Kopfarbeiter das 25jährige Bestehen der gewerkschaftlichen Internationalen, indem sie ihre Kollegen und Kolleginnen in der Fabrik und auf dem Acker, im Schacht und auf dem Bauplatz auffordern, einzutreten in die große, weltumspannende Familie der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse.

Festliche Erinnerungstage sind in der Arbeiterbewegung — insbesondere der deutschen — immer Gelegenheit gewesen, aus den Erfahrungen der zurückliegenden Zeit zu lernen und neue Kräfte zu sammeln für die bevorstehenden Kämpfe.

Trübt sich derjenige, der des Glaubens ist, daß die kommenden Jahre eine Minderungs- oder Wüsterungszeit der Kämpfe bringen würden. Die Kriegs- und Nachkriegszeit, die tiefgreifenden, wirtschaftlichen Veränderungen, die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Arbeitererschaft sind auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen, brachten auch für sie eine Schwächung mit sich. Es gilt daher diesen Verlust auszugleichen und darüber hinaus Neuland zu erobern.

Die Internationale Gewerkschaftliche Werbewoche macht es allen Gewerkschaften zur Pflicht, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Berufs- und Industrieinteressen auf die Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen. Der Ausbau auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Tätigkeit muß Gegenstand der Besprechungen der gewerkschaftlichen Organisierten mit den Unorganisierten sein. Das Schwergewicht aller gewerkschaftlichen Arbeit und Agitation liegt auf den im Betriebe beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Sie, die tagtäglich und stündlich mit denjenigen umgehen, die aus den verschiedensten Gründen heute noch abseits stehen, haben die erste Möglichkeit, diese Abseitsstehenden von ihrem Irrtum zu befreien.

Allein die Tatsache, daß die Gewerkschaften berechtigt und berufen sind, Vorkämpfer und Vertreter der Arbeitererschaft insgesamt zu sein, sollte jeden davon überzeugen, sich ihnen anzuschließen. Kein rechtlich denkender Mensch kann auf die Dauer den Vorwurf ertragen, zu ernten, wo er nicht gesät hat, immer nur Nutznießer der Arbeit und der Opfer anderer zu sein.

Ist die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren dauernde Kontrolle Aufgabe der einzelnen Verbände, so bleibt der Einfluß auf die Gesetzgebung bezüglich Arbeiterschutz, Sozialpolitik, Erwerbslosens usw. das Arbeitsgebiet der zusammengefaßten Verbände im ADGB, nicht minder wie die Einwirkung auf die gesamten politischen und wirtschaftlichen Faktoren.

Die Gewerkschaften stehen vor großen und neuen Aufgaben, die Zoll- und Steuerfragen, die Handelsverträge, überhaupt die Gestaltung des Wirtschaftslebens in Deutschland und der Verkehr des deutschen Volkes mit den übrigen Völkern der Erde sind heute nicht mehr ein Privileg politischer „Berufener“, sondern Angelegenheiten des ganzen Volkes, insbesondere der Werktätigen.

Die Vertretung dieser Werktätigen — die Gewerkschaften — hat sich in den verflochtenen Jahren im steigenden Maße dieser Gebiete bemächtigt und in Denkschriften und Verhandlungen ihre Auffassung bekundet, ihre Wünsche und Forderungen aufgestellt.

Niemand von den uns fernstehenden Klassengenossen und auch kein Gegner der Gewerkschaften kann heute leugnen, daß auch der Auffassung der Gewerkschaften nicht kaltes Interesse entgegengebracht werde, daß nicht vieles in Deutschland geschaffen worden wäre, was der Initiative der Gewerkschaften entsprang.

Der Einfluß der Gewerkschaften auf Gesetzgebung und Verwaltung ist abhängig von der Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung überhaupt. Das an Beispielen zu erläutern, dürfte überflüssig sein. Es bedarf wohl nur des Hinweises auf die Behandlung des gesellschaftlichen Achtstundentages und die Ratifizierung des Abkommens von Washington.

Die Bedeutung des Achttundentages ist nicht eine Frage des Ansehens für die Gewerkschaften, sondern eine Frage der Kultur. Alle Bestrebungen auf geistige und sittliche Hebung der breiten Massen bleiben solange zum Scheitern verurteilt, als die Massen, von langdauernder Arbeit erschöpft, unruhig und unfähig sind, sich in der kurzen freien Zeit mit höheren Dingen zu beschäftigen. Nur dort, wo die körperliche und geistige Spannkraft durch die

vorangegangene Arbeitsleistung nicht auf ein unerträgliches Minimum gesunken ist, wird es möglich sein, Anteilnahme, ja Freude an den Werken der Kunst und Wissenschaft zu wecken, im arbeitenden Menschen den Drang nach geistiger Vervollkommenung, nach sittlicher Bereicherung unstillbar werden zu lassen. Neue und höher entwickelte Geschlechter werden nicht unter der Herrschaft überlanger Arbeitszeit heranwachsen.

Das ist auch von hoher staatspolitischer Bedeutung. Jede Regierung sollte ihr höchstes Ziel darin erblicken, den Artikel 137 der Reichsverfassung in größtem Umfange praktisch durchzuführen. Den Artikel unserer Weimarer Verfassung, der von dem besonderen Schutz der Arbeitskraft spricht.

Das deutsche Volk leidet zurzeit unter den großen Verpflichtungen gegen sich und andere Staaten. Sie können nur erfüllt werden von einer körperlich rüstigen, geistig und sittlich hochstehenden Nation, in der wiederum die Lage der arbeitenden Klasse entscheidend, und diese ist abhängig von der Stärke ihrer wirtschaftlichen Organisation — der Gewerkschaften.

Endlich soll die Internationale Werbewoche mit besonderer Eindringlichkeit auf die internationale Verpflichtung der Völker aufmerksam machen. Kein Volk der Erde kann sich heute selbst genügen. Alle sind aufeinander angewiesen. Die Gegner haben dies längst erkannt und sie haben auf Grund dieser Erkenntnis als erste die geistigen Kriegsfolgen überwunden, sich über die Landesgrenze hinweg die Hände gereicht, ohne Ansehung der Nation sich zu wirtschaftlichen Unternehmungen wieder verbunden.

Eine um so größere Veranlassung liegt deshalb für die Arbeiter vor, auch ihrerseits sich zu rufen — auch international — in engstem, brüderlichem Verein mit den Kameraden der anderen Länder sich stark zu machen für die kommenden Kämpfe und freie Bahn zu schaffen für die sozialistische Gemeinwirtschaft in der ganzen Welt!

### Die Bedeutung des Tarifvertrages

In der tarifvertraglichen Festlegung der Arbeitsbedingungen erblicken die Gewerkschaften ein Mittel, dem Unternehmertum eine stärkere Verpflichtung zur Innehaltung der Zugeständnisse aufzuerlegen, die sie beim Abschluß einer Lohnbewegung machen mußten. Der Wert des Tarifvertrages als Mittel gewerkschaftlicher Betätigung, über den ehemals viel gestritten wurde, steht heute bei der Arbeitererschaft außer allem Zweifel. Das Unternehmertum sträubte sich jedoch jahrzehntelang gegen den Abschluß von Tarifverträgen und es hat seinen inneren Widerwillen gegen sie auch jetzt noch nicht vollends überwunden, weil im Abschluß von Tarifverträgen

#### Die Anerkennung der Gewerkschaften

als berufene Vertretungen der Arbeitererschaft und die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Partner des Arbeitsvertrages enthalten ist. Harter, opfervoller Kämpfe bedurfte es in der Zeit vor dem Kriege, um diesem Prinzip Geltung zu verschaffen und um gleichzeitig die erforderlichen materiellen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses durchzusetzen und tariflich festzulegen — harter Kämpfe bedurfte es, und dennoch gewann der Tarifvertrag nur langsam Boden. Im Jahre 1913 bestanden Tarifverträge für 143 088 Betriebe mit 1 400 000 Beschäftigten.

Ein gewaltiger Umschwung vollzog sich nach dem Kriege. Das Tarifvertragswesen erfuhr eine ungeahnte Ausdehnung. 1922 wurde ein Höhepunkt erreicht; denn in diesem Jahre waren die Arbeitsverhältnisse von 14,2 Millionen Arbeitnehmern tarifvertraglich geregelt. Auch in den folgenden Jahren trat nur ein verhältnismäßig geringer Abstieg von dieser Höhe ein; denn am 1. Januar 1925, dem jüngsten Erhebungsdatum der Statistik der Reichsarbeitsverwaltung, bestanden 7000 Tarifverträge für 785 945 Betriebe mit 11,9 Millionen Beschäftigten.

Bachtet man, daß, wie wir sagten, im Abschluß von Tarifverträgen die Anerkennung der Gewerkschaften als die von der Arbeitererschaft bevollmächtigte, dem Unternehmertum gleichberechtigte Vertragspartner enthalten ist, so erkennt man an dieser ungewöhnlich großen Ausdehnung des Geltungsbereiches der Tarifverträge den großen Gewinn an öffentlicher Geltung und gesellschaftlicher Bedeutung, den die Gewerkschaften zu erlangen vermochten. Und am Werdegang des Tarifvertrages, an der zähen Mühe, an den schweren Kämpfen, die notwendig waren, um den in ihm ruhenden Gedanken zu dieser Anerkennung zu bringen, erkennt man den Weg der Gewerkschaften überhaupt, erkennt man die Opfer, die dargebracht werden mußten, um sie auf jene Höhe des Ansehens und der Geltung zu heben, die sich in unsern Zahlen über die Tarifverträge spiegeln. Dem einzelnen Arbeiter aber führt die gewerkschaftliche Organisation durch den Tarifvertrag einen Rechtsanspruch auf die vereinbarten Arbeitsbedingungen. Dieser Rechtsanspruch gibt dem Arbeiter beim Antritt einer neuen Stellung sowie während der Dauer der Beschäftigung eine größere Sicherheit, denn er überhebt ihn der Notwendigkeit entwürdigenden Feilschens um die Bedingungen des Arbeitsvertrages, bei der Einstellung oder um notwendige Verbesserungen während der Dauer des Arbeitsverhältnisses. Er weiß, welche Arbeitsbedingungen ihm zustehen, er ist über die Höhe dessen, was er zu fordern hat, nicht im Zweifel.

An diesen Vorteilen aber nehmen viele teil, die nichts beitragen zu den Opfern und Kämpfen, deren es bedurfte und täglich von neuem bedarf, um sie zu erringen. Denn 4,8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder erkämpfen, wenn wir die Zahlen von 1924 im Auge behalten, die tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen für 11,9 Millionen Arbeitnehmer.

Kollegen! Diese Untätigen müssen in der Internationalen gewerkschaftlichen Werbewoche vom 13. bis 19. September für die Gewerkschaften als Mitglieder gewonnen werden!

### Internationale Bedeutung der Betriebsräte

Die freien Gewerkschaften haben sich seit ihrer Gründung ununterbrochen bemüht, auch in den Betrieben gesetzliche Arbeitervertretungen zur Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Arbeiter zu schaffen. Der Gesetzgeber hat diesen Bestrebungen in der Vorkriegszeit den größten Widerstand entgegengesetzt. Erst 1891 gelang es, die Einführung der fakultativen Arbeiterausschüsse zu erreichen, die aber nur errichtet werden konnten, nicht errichtet werden mußten. Ihre Aufgabe beschränkte sich auch nur auf die Meinungsäußerung zu dem Inhalt der vorgeschriebenen Arbeitsordnung. Für den Bergbau war es dann noch auf dem Wege über die Landesgesetzgebung möglich, etwas weitergehende Rechte durchzusetzen. Bei Beginn des Weltkrieges konnte jedoch von einem wirklichen Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben überhaupt noch nicht gesprochen werden. Erst im Jahre 1916 wurden durch das Hilfsdienstgesetz Arbeiter- und Angestelltenausschüsse mit weitergehenden Rechten vorgeschrieben. Diese Entwicklung wurde nach Beendigung des Weltkrieges durch die Erweiterung der Zuständigkeit und Rechte dieser Ausschüsse gefördert. Durch den Artikel 165 der Reichsverfassung sowie das Betriebsrätegesetz mit seinen Nebengesetzen wurde dann der heutige Stand erreicht. Bei aller Unzulänglichkeit der Rechte aus dem Betriebsrätegesetz mußte anerkannt und festgehalten werden, daß das Gesetz für eine Arbeiterklasse, die sich starke Gewerkschaften geschaffen hat, viele Möglichkeiten zur Mitwirkung in den Betrieben, vor allem zur Regelung der internen Arbeitsverhältnisse enthält. Durch diese Gesetzgebung ist darüber hinaus auch ein begrenztes wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht in den Betrieben grundtätig errungen worden. Eine ähnliche Entwicklung wie in Deutschland haben nur noch Oesterreich und die Tschechoslowakei zu verzeichnen. Dagegen ist es der Arbeiterklasse der Siegerstaaten noch nicht gelungen, ein gleiches Mitbestimmungsrecht zu erringen. Eine Anzahl der sogenannten neutralen Staaten, wie Dänemark, Schweden und Holland haben Gesetzentwürfe über ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und der Angestellten ausgearbeitet, die allerdings noch nicht in den Parlamenten zur Beratung stehen. Gerade in diesen Ländern machen die deutschen Unternehmer gegen die Schaffung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiter eine starke Propaganda. Sie führen dabei alle Argumente an, die aus der bisherigen Entwicklung der deutschen Betriebsrätebewegung zumunsten des Mitbestimmungsrechtes in Deutschland angeführt werden können. Eine wesentliche Behauptung ist, daß die deutschen Arbeiter an diesem Mitbestimmungsrecht gar kein Interesse mehr hätten und in den meisten Betrieben überhaupt keine Betriebsräte mehr wählen. Diese Behauptung wird gestützt auf die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten. Es ist eine auch von den Gewerkschaften unbestrittene Tatsache, daß in den Kriegsjahren 1923 bis 1925 tatsächlich eine Reihe von Betrieben ihr Mitbestimmungsrecht vernachlässigt haben. Daher ist auch in dem Aufruf des ADGB und des AFA-Bundes zu den Betriebsrätewahlen 1926 ausdrücklich auf diese bedauerliche Gleichgültigkeit hingewiesen und auf die Schäden, die sich daraus ergeben, aufmerksam gemacht worden mit der dringlichen Aufforderung an die Arbeiter, ihre Rechte insbesondere das wichtige Mitbestimmungsrecht nicht preiszugeben. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß die Beteiligung an den Betriebsrätewahlen 1926 außerordentlich groß und das Interesse der deutschen Arbeiter an dem Mitbestimmungsrecht nach wie vor sehr stark ist. Diese Entwicklung und diese Vorgänge, die nur kurz gestreift werden konnten, müssen in den deutschen Arbeitern die Erkenntnis vertiefen, daß es nicht nur eine nationale, sondern auch eine internationale Pflicht ist, für die Erweiterung und Durchführung der Arbeiterrechte im eigenen Lande einzutreten. Starke Gewerkschaften und die stärke Wahrnehmung aller gesetzlich bereits zugestandenen Rechte sind die Voraussetzung für weitere Erfolge.

Daher müssen in der internationalen gewerkschaftlichen Werbewoche auch die Betriebsräte mit ganzer Hingabe für die Gewinnung der heute noch abseitsstehenden Arbeiter in Gewerkschaftsmitglieder in dem Aufruf des ADGB und des AFA-Bundes mitwirken. Nur durch die Mitarbeit aller Gewerkschaften und die stärke Wahrnehmung aller gesetzlich bereits zugestandenen Rechte sind die Voraussetzungen für weitere Erfolge zu schaffen.

# Ganze Arbeit!

Der Arbeiter Meier hat durch seine Gewerkschaft nach längerem Kampf eine Erhöhung seines Stundenlohnes um 2 Pfennige herausgeholt; macht täglich 16, wöchentlich 96 Pfennige.

Meier holt seinen Bedarf beim Krämer Müller, der sich „wegen ständigen Steigens aller Untkosten, um wenigstens teilweise einen Ausgleich zu schaffen“ — Müller verkauft immer „mit Verlust“ — „genötigt sieht“, hier und da eine Preiserhöhung vorzunehmen.

Des heißt: Meier zahlt für	
2 Pfund Mehl	4 Pfennig
1/2 „ Zucker	1 „
1 „ Speck	5 „
1 „ Schmalz	5 „
4 Heringe	4 „
1/2 Pfund Getreidebrot	1 „
und ein paar Kleinigkeiten zusammen	3 „
28 Pfennig	

mehr. Der Schlachter Schulz leidet an demselben Uebel und fordert für

1 Pfund Würst	5 Pfennig
1 Pfund Suppenfleisch	10 Pfennig
15 Pfennig	

mehr. Bäcker Lehmann kann nicht zurückbleiben, die übrigen

2 Familienbrote kosten 10 Pfennig

mehr. Nun kommt noch der Milchmann Schütt mit 3 Liter Milch 6 Pfennig

mehr, der Grünhörer verlangt für 20 Pfund Kartoffeln 10 Pfennig

verschiedene Grünwaren 4 „

mehr. Alles zusammen 68 Pfennig

bleiben noch 28 ganze Pfennige, die, da „infolge allgemeiner Verteuerung der Lebenshaltung“ auch der Schüler nicht zurückbleiben kann, und da Frau Meier beim Einkauf von Strick und Stopfmasse, Zwirn und sonstigen Dingen überall einen oder ein paar Pfennige anlegen muß, doch gar nicht genügen, um so viel zu kaufen, wie vor der Lohnerhöhung.

Meier steht mit seinen teuer errungenen „2 Pfennigen Stundenlohn mehr“ ärmer da als zuvor. Was sein Meister ihm mehr gibt, holen andere „selbständige Erzielen“ ihm geschäftig wieder aus der Tasche.

Was zeigt diese Rechnung, die in der einen oder anderen Form der Arbeiter immer wieder aufstellen kann und muß?

Dass die Erhöhung des Lohnes wertlos bleibt, wenn die Kaufkraft des Lohnes sinkt;

dass der Arbeiter sein Einkommen in ein bodenloses Loch schüttet, wenn er sich nicht einen Einfluß auf die Bewertung des Einkommens sichert.

Die Höhe des Arbeitslohnes, könnte man auch sagen, steht noch nicht fest, wenn ihn der Arbeiter in fester Summe ausgezahlt erhält, sie wird erst festgestellt, wenn der Arbeiter für seine in Geld umgesetzte Arbeitsleistung Ware einzukaufen beginnt.

Entscheidend ist, ob

eine Stunde Arbeit = 1 Mk. = 1 Pfund Fleisch

oder ob

eine Stunde Arbeit = 1 Mk. = 1/2 Pfund Fleisch

ist. Wie der einzelne Arbeiter außerstande ist, zu bestimmen, ob

eine Stunde Arbeit = 1 Mk.

oder

eine Stunde Arbeit = 50 Pfennige

ist, so ist auch der einzelne Verbraucher außerstande, zu bestimmen, ob

1 Mk. = 1 Pfund Fleisch

oder

1 Mk. = 1/2 Pfund Fleisch ist.

Wie der einzelne Arbeiter das Verhältnis von Arbeitsleistung und Arbeitslohn nur bestimmend beeinflussen kann

durch Zusammenstoß mit feinsgleichen in Gewerkschaften,

so kann auch der einzelne Verbraucher das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Warenpreis nur bestimmend beeinflussen

durch Zusammenstoß mit feinsgleichen in Konsumgenossenschaften.

Das Konsumgenossenschaft ist so außerordentlich einflussreich; aber gerade die einflussreichsten Konsumgenossenschaften werden leider am leichtesten begriffen oder, sagen wir, am leichtesten vergessen und mißachtet.

Gewerkschaften? — Unentbehrlich und unendlich wertvoll!

Gewerkschaften ohne Konsumgenossenschaften? — — — ???

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften?

Das ist die unentbehrliche und unendlich wertvolle Ergänzung.

Es sei gestattet, ein Dichterwort ein wenig zu verändern:

Wahls halb zu tun, ist hager Menschen Art!

Kar Gewerkschaft: Halb getan!

Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft: Das ist ganze Arbeit!

A. K.

# Gewerkschaften und Arbeiterpresse

Wenn man früher davon sprach, daß die Presse die siebte Großmacht der Welt sei, so muß man heute ruhig behaupten, daß die Presse an die erste Stelle unter den Großmächten getreten ist.

Die arbeitende Bevölkerung begreift, leider zu ihrem Schaden, immer noch nicht, welche Macht in der Presse liegt. Die Presse beeinflusst das öffentliche Leben in einem Maße, von dem die wenigsten sich eine Vorstellung machen können. Auf die deutschen Verhältnisse angewandt, erfolgt diese Beeinflussung des öffentlichen Lebens durch die Presse, das heißt durch den Teil der bürgerlichen Presse und der sogenannten farblosen Presse, nicht zum Vorteil der Arbeiterschaft. Das ist eine alte, längst bekannte Tatsache, die von der arbeitenden Bevölkerung mit einem geradezu an Leichtsinne grenzenden Gleichmut hingenommen wird, ja, die von den Arbeitern sogar noch in der unerhörtesten Weise unterstützt wird. Gerade die letzten Jahre haben dies zur Evidenz bewiesen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die mit ihren Familien zusammen den Großteil der deutschen Bevölkerung ausmachen, die auf den Ertrag ihrer Kopfs- und Handarbeit angewiesen sind, und die sich mit dem Kapitalismus in stetem Kampfe um ihre Existenz befinden, wissen noch lange nicht den Wert der Presse zu schätzen, die früher und auch heute noch für die Interessen der arbeitenden Klasse mit aller Macht sich einsetzt: der Arbeiterpresse. Diese könnte es nicht der Fall sein, daß diese ungeheure Masse gerade die Presse liebt, die offen und verdeckt gegen die Interessen des schaffenden Volkes arbeitet, und damit dem Unternehmertum in seinem rücksichtslosen Kampfe gegen die Besserung der Lebenshaltung des schaffenden Volkes der treueste und zuverlässigste Bundesgenosse ist.

Sind die Arbeiter gezwungen, zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen an den Unternehmer heranzutreten, todlicher ist die gesamte bürgerliche Presse in diesem Lohnkampfe auf Seiten des „armen“ Unternehmers und wendet sich gegen die „Begehrlichkeiten“ der Arbeiterschaft!

Die öffentliche Meinung! Wer macht sie und beeinflusst damit das ganze öffentliche Leben in Deutschland, das politische und das wirtschaftliche? Einige wenige Männer, die es, dank der Gleichgültigkeit eines großen Teiles des deutschen Volkes, verstanden haben, die Presse in den Dienst ihrer eigenen Interessen zu stellen. Stinnes und Hugenberg, Mosse und Ullstein, das sind die Namen, die der deutschen Presse ihren Stempel aufdrücken, die Kraft der von ihnen aufgekauften und unterhaltenen Presse die öffentliche Meinung Deutschlands beherrschen, sie korrumpieren. In Deutschland existieren zurzeit ungefähr 1300 ausgesprochene politische Zeitungen, die sich in ihrer übergroßen Mehrheit in den Dienst des Kapitalismus stellen. Daneben gibt es noch ungefähr 1640 farblose Zeitungen, die vorgeben, keine Politik zu treiben, die sogenannte Generalanzeiger-Presse, die jedoch viel gefährlicher ist als die reaktionärsten politischen Zeitungen Deutschlands. Außerdem zählt man in Deutschland noch etwa 180 sogenannte amtliche Blätter, die hauptsächlich in der Provinz als Amts- oder Kreisblätter erscheinen und die in ihrer Tendenz ebenfalls der bürgerlichen Presse zuzurechnen sind. Diesen insgesamt 3120 bürgerlichen Tagesblättern stehen nur 140 sozialdemokratische Zeitungen gegenüber. Hundert es da noch einen vernünftigen Menschen, daß die bürgerliche Gesellschaft heute mehr denn je in der Lage ist, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen zu treten? Daß die Reak-

tion heute mehr denn je ihr Haupt erhebt, frecher und ungezügelter als jemals daran geht, das Volk ihrem Willen untertan zu machen, es in körperlicher und geistiger Anschuldigung zu erhalten?

Der Arbeiter, der Angestellte und der Beamte, sie alle klagen über die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie zu leben gezwungen sind, sie säumen sich auf in ohnmächtiger Wut gegen den geistigen und politischen Terror, der von der Reaktion tagtäglich an ihnen ausgeübt wird, und bedenken nicht, daß sie, die weitaus die Mehrheit des deutschen Volkes ausmachen, zum großen Teil schuld sind an den schlechten Verhältnissen, unter denen die gesamte arbeitende Bevölkerung zu leben gezwungen ist. Hier zeigt sich die Schwäche des arbeitenden Volkes, das seine geschichtliche Mission noch immer nicht begriffen hat, das vor allem aber sich seiner Macht nicht bewußt ist, die auszuüben es in geschlossener Front seinem natürlichen Feind gegenüber in der Lage wäre.

Dies muß anders werden, will die Arbeiterklasse sich nicht selbst aufgeben, will sie nicht für immer in Fron des Kapitalismus leben. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen sich darauf besinnen und immer mehr erkennen, daß die bürgerliche Presse nie willens und in der Lage ist, für sie einzutreten, müssen einsehen und begreifen, daß die Arbeiterpresse zu allen Zeiten unter den größten Opfern sich in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt hat! Sie müssen dies erkennen und danach handeln.

Laßalle, der große Vorkämpfer unserer heutigen modernen Arbeiterbewegung, hat vor ungefähr 60 Jahren den Massen des schaffenden Volkes gesagt: „Der wahre Feind des Volkes, sein gefährlichster Feind, um so gefährlicher deshalb, weil er unter der Larve seines Freundes auftritt, das ist die heutige Presse!“ Arbeitendes Volk, begreife diese Worte, nimm sie zur Richtschnur deines Handelns, denn sie treffen auf die heutigen Verhältnisse mehr denn je zu!

Über 8000 bürgerlichen Zeitungen stehen 140 sozialdemokratische Tagesblätter gegenüber! Ein schreiendes Mißverhältnis, das nur möglich ist in einem Lande, dessen Bevölkerung noch nicht selbständig denken gelernt hat, dank jenen Blättern, die unserem Volke die sogenannte öffentliche Meinung jeden Tag, von ihrem Standpunkt aus natürlich, fix und fertig unterbreiten.

Das arbeitende Volk muß begreifen lernen, wo seine Gegner stehen, muß verstehen lernen, daß nur die Arbeiterpresse mit vollem Ernst für seine Belange eintritt, seine Interessen wahrnimmt. Diesen Standpunkt muß vor allem der Gewerkschaftler einnehmen, der oft, sehr oft schon hat die Erfahrung machen müssen, daß bei allen seinen Kämpfen um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die bürgerliche Presse es war, die ihm in den Rücken gefallen ist!

Die großen Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sind es, an die wir uns wenden, denen wir zurufen, Schluß zu machen mit einem Zustand, der eines gewerkschaftlichen Unwüdig ist, der letzten Endes in geistige und wirtschaftliche Abhängigkeit der Schaffenden zum Kapitalismus führen muß. Wollt ihr eure Lage wirklich bessern, dann besinnt euch auf die Aufgabe, die der Arbeiterschaft gestellt, die zu erfüllen ihr nur in der Lage seid, wenn ihr eure geistige Waffe in dem Riesenkampfe, das euch bevorsteht, die Arbeiterpresse, scharf und stark macht, zu Nutz und Frommen des schaffenden Volkes.

# Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik

Am 21. August 1901, vor nunmehr 25 Jahren, wurde die gewerkschaftliche Internationale gegründet, ein Zeichen für die gewaltige Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder. Damals hatten die freien Gewerkschaften in Deutschland bei einer Gesamtmitgliedszahl von nicht ganz 700 000 Mitgliedern. Jetzt, 25 Jahre später, ist ihr Mitgliederbestand auf fast 4 1/2 Millionen gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur unbedeutend (62,5 Millionen) zugenommen hat. Hierzu kommen jetzt noch die mit dem ADGB. kartellierten Verbände des AFD-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Ihre Mitgliedszahlen stehen hinter denen des ADGB. naturgemäß zurück, beweisen aber, daß der Gewerkschaftsgedanke in neue Kreise eingedrungen ist, die ihm bisher gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstanden. Auch die übrigen Gewerkschaften, wenngleich an Bedeutung weit hinter den freien Gewerkschaften zurückstehend, können auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken.

Dieses gewaltige Wachstum mußte den Kreisen, die bislang sich den maßgebenden Einfluß auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung gehöhrt hatten (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Banken, Handwerk usw.) zeigen, daß ihnen in dem geschlossenen Block der Arbeiterschaft ein neuer Konkurrent entstand, der sich seiner Macht wohl bewußt war. Als daher der Kaiserpaat mit seinen Polizeihilfen und dem persönlichen Regime zusammengebrochen war, als man nunmehr daran ging, die Fundamente für einen Kaiserpaat zu errichten, mußte auch die Arbeiterschaft erfolgreich ihren Anspruch geltend, die Wirtschaftspolitik maßgebend zu beeinflussen. Nach außen hin trat diese Wandlung eindrucksvoll hervor im neuerrichteten Reichswirtschaftsrat, dessen Vorsitzende nach dem Geleit in halbjährigem Wechsel ein Arbeitnehmer und ein Arbeitgebervertreter sind. Seit dem Tode Legiens ist der Vorsitzende des ADGB. Leipart, als Arbeitnehmervertreter Vorsitzender des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Auch in anderen Wirtschaftskörperschaften besitzt die Arbeiterschaft ihre gleichmäßig verteilte Vertretung: so in den Beiräten für die deutsche Reichsbahn, die Reichspost, die Wassertragsverwaltung, die Kohlen-, Salz-, Elektrizitätswirtschaft. Im Reichsindustriallager und im Reichslandwirtschaftsverband stellt die Arbeiterschaft je einen Direktor. Nehaltes gilt für die Länder. In den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wurde ein Generalarbeitsvertreter aus Gewerkschaftskreisen hinzugezogen und es galt als selbstverständlich, daß auf der Weltwirtschaftskongress in Deutschland

durch ein Mitglied des ADGB. neben einem Regierungsbeamten und einem Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie vertreten wurde. Die natürliche Folge war, daß nunmehr auch die Arbeitervertreter zu allen Ministerien freien Zugang hatten, und daß von Seiten der Ministerien Wert darauf gelegt wurde, die Ansichten der Gewerkschaften über alle sich ergebenden Fragen zu erfahren. Das bedeutet eine tiefe und oft nicht genug gewürdigte Wandlung gegenüber der verächtlichen Behandlung, der die Gewerkschaften vor dem Kriege ausgesetzt waren.

Dank dieser veränderten Stellung konnten die Gewerkschaften in erheblichem Maße zur Erleichterung der Lebensbedingungen der von ihnen vertretenen Volksmassen beitragen. In den langen und zähen Verhandlungen über den Zolltarif verhinderten sie den Minimalzoll auf Getreide, drückten die Zollsätze, erreichten zollfreie Einfuhr für größere Mengen Gefrierfleisch, bestanden mildernde Zwitterentartige Durchführungen, die Vorkämpfer für ausgebreitete Handelsverträge mit anderen Staaten. In der Steuerpolitik erreichte sie Herabsetzung der Umfassener, Erhöhung des Steuerfreien Anteils am Lohn und Vergünstigungen für kinderreiche Familien. In der Aufwertungsfrage nahmen sie sich der minderbemittelten Volksschichten an. Sie bekämpften den Mißwucher, traten gegen die Kartelle auf, sobald diese ihre Maßstellung mißbräuchlich ausnutzten, und verhängten beispielsweise den Genossenschaften zu einer unabhängigen Stellung gegenüber dem Kohlenyndikat: sie können jetzt zu billigeren Preisen verkaufen als die anderen Kleinhandlärer, denen das Kohlenyndikat feste Preise vorschreibt. Sie verhinderten die ungerechtfertigte Erhöhung der Kalipreise, sie stützten die Reichsregierung, wenn diese sich durch Eiferjüchteleien der Länder gehemmt sah.

Aber alle diese Erfolge stellen nur einen Anfang dar. Unendlich viel bleibt noch zu tun, stets neue Aufgaben sind zu lösen, neue Schwierigkeiten zu überwinden. Auch entspricht die Stellung und das Ansehen der Gewerkschaften noch lange nicht ihren berechtigten Wünschen und der Zahl derer, für die sie kämpfen. Denn das Gebiet der Gewerkschaften umfaßt die gesamte Kopfgewerkschaft und Handarbeitergewerkschaft, umfaßt somit den überwiegenden Teil der gesamten Bevölkerung. Soll nun die Macht der Gewerkschaften gestärkt werden, so müssen sich auch diejenigen offen zu den Gewerkschaften bekennen, die zwar aus ihnen Nutzen ziehen, die noch nicht aber interesselos beiseite stehen. An alle, die noch nicht zu uns gehören, geht deshalb der Ruf: Organisiert euch!

Sonntag, 19. September, vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus

# Vierteljahrhundertfeier

der Internationalen Gewerkschaftsbewegung

unter Mitwirkung des Stadtheater-Orchesters und der Graphischen Liedertafel